

<u>öffentlich</u>	
Verantwortlich: Fachdienst Finanzen	MITTEILUNGSVORLAGE

Geschäftszeichen 3-20/Scho	Datum 05.02.2026	MV/2026/012
-------------------------------	---------------------	--------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Haupt- und Finanzausschuss	Kenntnisnahme	16.02.2026

Beantwortung der Fragen zum Haushalt 2026/2027

Diese Mitteilungsvorlage enthält die Antworten zu den Fragen der politischen Gremienmitglieder/innen zum Haushalt 2026/2027 als Anlage.

Die Antworten sind nach den Produktnummern sortiert. Die erbetenen Auswertungen sind als weitere Anlagen beigefügt.

Inhalt der Mitteilung:

Anlage/n

Keine

1. Alle Produkte: Interne Leistungsverrechnung:

Erläuterung ILV am Beispiel der Schulkostenbeiträge

Grundsätzlich werden alle Gemeinkosten auf die jeweiligen Produkte verteilt. Grundlage dafür sind die errechneten Schlüssel aus der Arbeitszeitverteilung der Mitarbeitenden. Dieser Schlüssel wird flächendeckend angewandt, um eine Einheitlichkeit zu gewährleisten.

Für die Wedeler Bürger/innen hat die ILV keinerlei Auswirkung. Selbst wenn die ILV komplett abgeschafft wird, resultieren daraus keine Verbesserungen auf Gesamthaushaltsebene.

Betrachtet man die Auswirkungen auf auswärtige Nutzende der städtischen Einrichtungen, so hat hier die ILV unmittelbar Auswirkungen.

Bsp. Schulkostenbeiträge JRG

Am JRG werden aktuell 148 auswärtige Schüler/innen beschult, d.h. nicht in Wedel wohnende Schüler/innen aus den umliegenden Gemeinden. Für diese Schüler/innen werden den Wohnortgemeinden die Kosten der Schulung über die Schulkostenbeiträge in Rechnung gestellt. Grundlage für diese Berechnung ist der Teilplan des JRGs.

	Beitrag je Schüler/in	Anzahl ausw. Schüler/in	Schulkosten gesamt
Aufwendungen gesamt	2.785,57 €	148	412.264,36 €
Aufw. ohne Steuerungsleistungen	2.697,07 €	148	399.166,36 €
Aufw. OHNE ILV	878,02 €	148	129.946,96 €

Ohne Darstellung der Gebäude- und Gemeinkosten im Schulbudget könnten lediglich 878 € pro Schüler/in den Wohnortgemeinden in Rechnung gestellt werden.

Den Wohnortgemeinden werden aber alle Kosten inklusive der Gebäude- und Gemeinkosten in Rechnung gestellt, also 2.785 € pro Schüler/in. Das heißt, die Stadt beteiligt die Wohnortgemeinden an den Kosten, die Wedel entstehen, weil die weiterführenden Schulen größer gebaut werden müssen, als wenn wir nur Wedeler Schüler/innen beschulen würden.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Stadt nur beim JRG auf mehr als 282 T€ (!) Erträge und Einzahlungen verzichten würde. Dies hat unmittelbar Einfluss auf das Gesamtergebnis. Über alle weiterführenden Schulen hinweg stellt die Stadt Schulkostenbeiträge in Höhe von jährlich rund 1,5 Mio. € in Rechnung.

Grüne: Unsere Fraktion sieht die interne Leistungsverrechnung als zu intransparent und teilweise irreführend an, wie auch in diesem Entwurf am Beispiel der Schulsozialarbeit (siehe Seite 447) wieder deutlich wird. Für die Mitarbeitenden muss es frustrierend sein, wenn die Bemühungen zur Kostenreduzierung sich nicht in den internen Leistungsbeziehungen widerspiegeln.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass die umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sich positiv auf die interne Leistungsverrechnung auswirken. Tatsächlich sind die Aufwendungen jedoch gestiegen.

Können Sie kurz erläutern und mit Zahlen belegen, warum die Einsparungen nicht erkennbar sind? Was wirkt den Einsparmaßnahmen konkret entgegen?

Ein Großteil der ILV orientiert sich an den ordentlichen Aufwendungen (Berichtszeile 17). In der Beschlussvorlage ist unter Punkt 1.6 Interne Leistungsverrechnung kurz erläutert, wie sich die Beträge zusammensetzen.

Der Anteil der Steuerungsleistungen orientiert sich an der Arbeitszeitverteilung und kann in den Teilergebnisplänen grob an der Entwicklung der Personalkosten bzw. detailliert im Stellenplan (Stelle, Prozentsatz und Produkt) abgelesen werden. Wie in der Beschlussvorlage

dargestellt, ergibt sich für 2026 ein rechnerischer Aufschlag durch Steuerungsleistungen von 47.789 € je Vollzeitäquivalent. Im Vorjahr betrug dieser Aufschlag noch 43.011 € je Vollzeitäquivalent.

Bei dem Produkt 2430010 Schulsozialarbeit kommt weiterhin noch die neue interne Aufstellung des Fachdienstes hinzu. Dabei wurden die Arbeitszeitanteile der Mitarbeitenden zu den einzelnen Leistungen des Fachdienstes neu ermittelt.

Im Jahr 2025 wurden 538,78 Leistungsstunden, das entspricht 13,815 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) der Schulsozialarbeit zugeordnet. Daraus haben sich Steuerungsleistungen in Höhe von 612.300 € ergeben. Für 2026 sind der Schulsozialarbeit 460,54 Leistungsstunden zugeordnet, was 11,809 VZÄ entspricht. In Summe errechnen sich damit 530.900 € Steuerungsleistungen.

Die Schwankungen der Inanspruchnahme Gebäudemanagement in den einzelnen Jahren ergeben sich aus den Unterhaltungsansätzen, welche durch die Verrechnung den entsprechenden Produkten zugeordnet werden.

Grüne: An verschiedenen Stellen (z. B. Seite 36) wird darauf hingewiesen, dass keine konkreten Zahlen genannt werden können, da es keine Kosten- und Leistungsrechnung in Wedel gibt. Ist die Einführung einer solchen Kosten- und Leistungsrechnung geplant? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

Der genannte Satz bezieht sich ausschließlich darauf, dass es keine kostenrechnerischen Durchschnittswerte für Unterhaltungsaufwendungen für einzelne Fahrzeuge oder Gebäude gibt. Daher wurde in der Tabelle auf Seite 36 auf die Nennung von Unterhaltungsaufwendungen über die gesamte Nutzungsdauer der Investitionsgegenstände verzichtet.

Durch die Verrechnung der Steuerungsleistungen und sonstigen internen Leistungsbeziehungen haben gibt es de facto eine Kosten- und Leistungsrechnung, und das flächendeckend über den gesamten Haushalt. Lediglich kalkulatorische Kosten, z.B. Zinsen sind dort nicht dargestellt. Eine Ausweitung der Kosten- und Leistungsrechnung ist daher nicht vorgesehen.

Im Rahmen von Gebührenkalkulationen werden Betriebsabrechnungsbögen erstellt, welche eine Kosten- und Leistungsrechnung darstellen. Dies erfolgt nach Dringlichkeit beziehungsweise Notwendigkeit und kann aus programmtechnischen Gründen nicht automatisch für alle Produkte im Haushalt erfolgen.

Grüne: Warum sind bei den kostenverursachenden Produkten (Produktbereiche 11) die Erträge aus internen Leistungsbeziehungen höher als das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit?

Die Produkte des Produktbereichs 11 tauschen auch Leistungen untereinander aus. So erbringt bspw. die Strategische IT auch für die Finanzverwaltung oder die Personalabteilung Leistungen. Andersrum ist die Strategische IT auf die Leistungen des Personalmanagements oder des Gebäudemanagements angewiesen, um Mitarbeitende und Räumlichkeiten zur Verfügung zu haben.

Dies Leistungsbeziehung der 111er Produkte untereinander wird somit iterativ dargestellt und dann jeweils wieder auf alle anderen Produkte umgelegt.

Die Erträge aus der internen Leistungsbeziehung sind damit genauso hoch wie das Ergebnis vor ILV plus die Aufwendungen aus interner Leistungsbeziehung. Bei den meisten internen Produkten endet der Teilergebnisplan damit auf null.

Grüne: Es gibt Produkte, die am Ende auf null stehen, da die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen in die Erträge eingerechnet wurden (z. B. Rechnungsprüfungsamt, Seite 235). Bei anderen ist nicht nachvollziehbar, was in KG 24 eingerechnet wurde. Bitte erläutern Sie dies anhand einzelner Produkte (z. B. Seite 203 Gemeindeorgane oder Seite 210 Stadt- und Verwaltungsmarketing).

Grundsätzlich werden alle internen Produkte vollständig auf die „externen“ Produkte verteilt. Allerdings gibt es Ausnahmen.

Beispielsweise bleiben die Aufwendungen der Leistung Städtepartnerschaften im Produkt Gemeindeorgane stehen. Die Städtepartnerschaften leisten keinen, auch nur theoretischen Beitrag zu den internen oder externen Produkten, daher werden diese Aufwendungen nicht weiter verteilt.

Ein solcher Fall besteht auch im Produkt Stadt- und Verwaltungsmarketing. Von der Leistung Marketing profitieren alle städtischen Produkte und damit werden die Kosten vollständig verteilt. Stehen bleiben dagegen die Aufwendungen der Leistung Premiumveranstaltungen. Hier gilt das Gleiche, wie für die Städtepartnerschaften.

Ähnliche Beispiele gibt es auch noch im Produkt Personalmanagement, wo die Kosten für Altersteilzeit und abgeordnete Mitarbeitende nicht umgelegt werden, oder im Produkt Gebäudemanagement, wo die Kosten der städtischen Bedürfnisanstalten keinem anderen Produkt zugeordnet werden.

SPD: Da sich die meisten Fragen auf stark schwankende Beträge in der internen Leistungsverrechnung beziehen, bezieht sich die erste Frage auf die internen Leistungsbeziehungen insgesamt. Diese sind von '24 auf '25 um ca. 5,5 Mio. € gestiegen, sollen in '26 um weitere ca. 5 Mio. € steigen und sinken dann in '27 um ca. 4 Mio. € (S. 144). Wie sind diese starken Schwankungen zu erklären?

Die beiden größten Positionen der Internen Leistungsverrechnung sind einerseits die Steuerungsleistungen und andererseits die Inanspruchnahme des Gebäudemanagements.

Die Steuerungsleistungen folgen im Wesentlichen der allgemeinen Kostensteigerung. Der Anstieg von

2024	14.800.200 €, über
2025	15.686.200 € auf
2026	17.662.000 €

ist auf Kostensteigerungen in den 111-er Produkten zurückzuführen.

Auch die Kosten für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Gebäude unterliegen einer allgemeinen Kostensteigerung. Daneben sind in den Jahren 2025 und 2026 umfangreiche Gebäudeunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen eingeplant. Dieses führt zu der folgenden Kostenentwicklung in den Jahren:

2024	13.331.100 €
2025	16.811.800 €
2026	19.890.700 €.

Da die Gebäudeunterhaltung 2027 wieder auf den von der KGSt vorgeschlagenen Betrag von 1,2% des Versicherungswertes der Gebäude zurückgeht, reduzieren sich die Kosten auf

15.409.400 €.

2. Alle Produkte (CDU):

Umsetzung der 80%-Freigabe der Berichtszeilen 13 und 16 (MV/2025/056): In der MV/2025/056 ist dargestellt, dass die Ansätze der Berichtszeile 13 („Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“) sowie der Berichtszeile 16 („sonstige Aufwendungen“) im Jahr 2025 nur zu 80 % freigegeben wurden; die verbleibenden 20 % dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden.

- Gibt es bereits Zahlen, in welcher Höhe durch diese Maßnahme Einsparungen erzielt wurden?
- Plant die Verwaltung, diese Praxis in den Haushaltsjahren 2026/2027 fortzuführen?

Die prozentuale Sperre hat in der Haushaltsbewirtschaftung 2025 zu nennenswerten Einsparungen geführt. Die vorläufige Ergebnisrechnung weist für die Berichtszeilen 13 und 16 Minderaufwendungen in Höhe von rd. 2.763.000 € aus. Berücksichtigt sind dabei die Beträge, die noch 2026 zu Lasten des Jahres 2025 zu verbuchen sein werden, z.B. Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungen. Damit konnten ca. 8,4% der geplanten Aufwendungen eingespart werden. In der Haushaltsbewirtschaftung zeigte sich, dass viele, zum Teil sehr große Aufwendungspositionen im Nachgang nicht gekürzt werden können. Als Beispiele seien gesetzlich oder vertraglich festgeschriebene Leistungen benannt, die im Gesamtvolumen ca. 70-75% der Aufwendungen in den Berichtszeilen 13 und 16 ausmachen. Diese Beträge durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren, ist aufgrund des Volumens dieser Aufwendungspositionen nicht möglich.

In der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt wurden viele Positionen der pauschalen Kürzung in der Bewirtschaftung bereits vorweggenommen.

3. Alle Produkte Pensionsrückstellungen (CDU):

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

In mehreren Produkten fällt auf, dass die Pensionsrückstellungen teilweise deutlich gestiegen sind. Können Sie bitte erläutern, welche Faktoren diese Entwicklung beeinflussen?

Für die Beamten müssen Pensionsrückstellungen gebildet werden. Die Versorgungsausgleichskasse (VAK) berechnet die tatsächliche Höhe sowohl im Ist, als auch für die Planung. Diese errechneten Beträge werden in die Jahresrechnung bzw. den Haushaltsplan übernommen. Der Gesamtbetrag wird entsprechend der Stundenzuordnung der Beamten zu den einzelnen Produkten verteilt.

In 2024 mussten überdurchschnittliche hohe Zuführungen zur Pensionsrückstellung verbucht werden. Prognostiziert waren von der VAK für 2024 eine Zuführung in Höhe von 88.500 €, tatsächlich ergab die Endabrechnung eine Zuführung in Höhe von 4,22 Mio. €. Dieser hohe Betrag wurde einerseits mit einer Änderung der Berechnungsmethode und andererseits mit der hohen Besoldungsanpassung 2024/2025 begründet.

Für 2026 ff. wird Stand heute wieder mit einer Normalisierung der Zuführungsbeträge gerechnet.

4. Alle Produkte Beihilferückstellungen (FDP):

Entwicklung der Beihilferückstellungen:

FDP: - 1110310 Bauverwaltung: Die Zuführungen in die Rückstellungen für Pensionen auf nahezu Null und für die Beihilfe um ca. 80% reduziert (S. 309, 505110 bzw. 5060100) Was liegt dem zugrunde?

Siehe oben.

Die Berechnung der Beihilferückstellung ist in den Erläuterungen zu § 24 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) verbindlich vorgeschrieben. Grundlage für die Berechnung der Höhe der Beihilferückstellung sind:

- die Versorgungsbezüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) der Wedeler Pensionärinnen und Pensionäre;
- die Höhe der von der Stadt gezahlten Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) und
- die Höhe der Pensionsrückstellungen.

Verändern sich ein oder mehrere Faktoren, verändert sich auch die Zuführung zur Beihilferückstellung. Dabei haben kleine Veränderungen unter bestimmten Voraussetzung eine große Auswirkung auf die Höhe der Rückstellung. Daraus ergibt sich eine gewisse Abhängigkeit zur Pensionsrückstellung mit der Folge, dass die Zuführung grundsätzlich eine

vergleichbare Entwicklung zeigt, wie die diese.

5. Alle Produkte: Investitionen:

Allgemeine Anmerkungen:

- a. Fördermittel - Grundsätzlich wird bei jeder Planung von Baumaßnahmen die Möglichkeit geprüft, Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Förderrichtlinien verlangen i. d. R. die Vorlage eines Entwurfes (Erläuterungsbericht, Kostenberechnung und Zeichnungen) und die Abbildung der erforderlichen Mittel (Baukosten) im aktuellen Haushalt. Bei Straßenbauprojekten werden grundsätzlich nur solche Projekte, die ein integriertes Verkehrskonzept oder mindestens ein Radverkehrskonzept beinhalten. Planungskosten werden oftmals nicht gefördert. Die Förderquote liegt i. d. R. bei 75 % der förder-/zuwendungsfähigen Kosten, in seltenen Fällen bei bis zu 90 %.
- b. Priorisierung - Seitens der Verwaltung wurden sämtliche Baumaßnahmen priorisiert. Hierzu wurden primär das Alter, der aktuelle bauliche Zustand und die dauerhafte Verkehrssicherheit betrachtet sowie die Notwendigkeit der Baumaßnahme entsprechend rechtlicher Vorgaben (vor-) geprüft und fachlich bewertet.
- c. ÖPP - Auszug aus dem gemeinsamer Erfahrungsbericht der Rechnungshöfe des Bundes / Landes zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten: "Projekte, die sich die öffentliche Hand aus eigenen Mitteln nicht leisten kann, darf sie sich ebenso wenig alternativ finanziert in einer ÖPP leisten. ÖPP-Projekte sind während ihrer gesamten Vertragslaufzeit im Haushalt vollständig darzustellen. Die Belastung künftiger Haushalte muss klar erkennbar sein. Die Wirtschaftlichkeit eines ÖPP- Projekts muss in jedem Einzelfall und über die gesamte Laufzeit hinweg (Lebenszyklusansatz) nachgewiesen sein."

Grüne: Wie kann es sein, dass die Straßensanierungen hier mit in die höchste Priorisierung gekommen sind, während beispielsweise die Feuerwacht nicht?

Für das Jahr 2024 gab es mehr Investitionsprojekte mit der höchsten Priorität (1) als Mittel zur Verfügung standen. Daher wurden alle mit 1 priorisierten Investitionen noch einmal darauf hin überprüft, ob die Investitionsmaßnahmen bereits begonnen wurden oder ob die Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Bereits begonnene Maßnahmen (z.B. laufende Schulbauten oder laufende Straßensanierungen) sollten weitergeführt werden, weil es schwierig ist, laufende Maßnahmen zu unterbrechen, ohne höhere Kosten zu verursachen.

Maßnahmen, die noch nicht begonnen wurden, konnten rein faktisch noch zurückgestellt werden, obwohl die höchste Priorität (1) vergeben wurde.

Aus diesem Grund wurden einige bereits begonnene Straßensanierungen abgeschlossen, während die Erneuerung der Feuerwache nicht gestartet werden konnte.

6. 1110000 Kommunale Selbstverwaltung (Grüne):

Es sind 20.000 EUR für Ersatzbeschaffung von iPads pro Jahr 2026/2027 eingeplant. Warum ist der Ansatz so hoch? Es müssen doch nur Ersatzbeschaffungen eingeplant werden, da die Gremienmitglieder ausgestattet sind, oder?

Im Vorwege kann nicht abgeschätzt werden, wie viele Geräte ersetzt werden müssen. Dieser Ansatz ist pauschal eingestellt, um auf notwendig werdende Beschaffungen reagieren zu können.

7. 1110201 Strategische IT:

Investitionsplan, Seite 103: 111020702 Investitionen EDV:

CDU: Ertüchtigung Ratssaal/Videostreaming (18.000 €): Gibt es zu dieser Maßnahme bereits konkrete Überlegungen innerhalb der Verwaltung, die im Jahr 2026 an die Politik herangetragen werden sollen? Wenn ja: Welche Maßnahmen werden aktuell geprüft?

FDP: Was wird in 2026 beschafft?

Grüne: Es sind in 2026 EUR 100.000 für Investitionen > EUR 1.000 eingeplant. Was ist hier Besonderes geplant? Sind die 100.000 € nur für eine neue Technik im Rathaus?

Die Verwaltung befasst sich bereits seit längerem mit der Konzeption zum Videostreaming aus dem Ratssaal. Ursächlich hierfür sind:

- Erfahrungen aus der Corona-Pandemie hinsichtlich der Durchführung von hybriden Sitzungen, diese waren und sind im Ratssaal mit der vorhandenen Technik nicht möglich
- von einzelnen Ratsmitgliedern geäußerte Wünsche, die Transparenz der Ratssitzungen durch ein Streamingangebot zu erhöhen
- fehlende Möglichkeiten, über gesellschaftlich bedeutsame Veranstaltungen per Videostream zu berichten (z.B. Sportlerehrungen)
- Änderung des § 34 a GO; Möglichkeit zur Sitzungsteilnahme per Videokonferenz

Im Jahr 2025 wurde ein Fachunternehmen damit beauftragt, die Infrastruktur im Ratssaal aufzunehmen und bei der Erstellung einer Maßnahmenplanung technisch zu unterstützen. Das Unternehmen soll hinsichtlich Leitungsplanung, Audioanbindung, Ausleuchtung, Schirmtechnik und ggf. notwendiger Baumaßnahmen beraten und auch konkrete Produkte und Leistungsklassen vorschlagen. Mit der praktischen Umsetzung des Auftrages wurde in der 5. KW 2026 begonnen. Sobald die Erhebung und Maßnahmenplanung abgeschlossen ist, muss auf Basis dieses Datenmaterials die weitere Beauftragung von Umbauten und Erweiterungen im Ratssaal erfolgen.

Parallel ist die Stadt mit dem ITV.SH und der kommunit im Kontakt. Beide projektieren eine technische Umsetzung, die dann alle angegliederten Kommunalverwaltungen verwenden dürfen. Auch bei Anwendung der zentralen Lösung sind die begonnenen Vorarbeiten im Ratssaal notwendig, da Anschlussmöglichkeiten im Ratssaal erschöpft sind. Dies gilt sowohl für Datennetzstruktur, als auch für die vorhandene Elektro- und Akustikinstallation.

1. Wie sollen die Mittel verwendet werden?

Die 100.000 EUR wurden zunächst angemeldet, um nötige Bau- und Installationsmaßnahmen in 2026 umsetzen zu können. Diese Mittel dienen nicht nur der Technikanschaffung, sondern beinhalten vorwiegend Gelder für Baumaßnahmen im Ratssaal. Die genaue Höhe ist jedoch noch unbekannt, da die Arbeiten zur Maßnahmenplanung aufgrund von Auftragslage und personeller Ressource leider erst verspätet beginnen konnten. Der angemeldete Betrag beruht also zunächst auf einer äußerst groben Schätzung und kann noch nicht mit konkreten Maßnahmen belegt werden.

Bekannt ist, dass aufgrund der überlasteten Infrastruktur im Ratssaal mindestens folgende Arbeiten erforderlich sein werden:

- 1.) Erweiterung Stromnetz und Installation/ Ertüchtigung der Bodentanks/ Kabelverlegung unter Parkett
- 2.) Einbau von Installationskanälen (Leerrohre)
- 3.) Erneuerung und Erweiterung der Datenverkabelung
- 4.) Installation von Kameratechnik
- 5.) Installation von Richtmikrofonen
- 6.) Installation eines Technikerarbeitsplatzes ggf. auch mit Steuerung von Beleuchtung und Audio

7.) Beschaffung von Kamera(s), Steuerpult und ggf. Display/ Beamer

8.) Integration der vorhandenen Audioanlage in die neu aufgebaute Technik

Vor Beginn der baulichen Maßnahmen und der weiteren Umsetzung wird der Fachdienst Interner Dienstbetrieb das Maßnahmenkonzept zur Beschlussfassung dem Rat vorlegen. Das Gesamtkonzept wird sich auch mit Vorschlägen zur Online-Abstimmung und der hierfür erforderlichen Funktionserweiterung von Allris befassen. Ebenso muss vor Umsetzung der Maßnahmen auch die Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung erfolgen, um die Videoübertragung aus der Ratssitzung zu regeln.

2. welchen Nutzen erfährt Wedel dadurch? (nur bessere Transparenz oder z.B. auch leichtere Protokollierung der Sitzungen?)

Mit Aufbau der Streamingtechnik und Regelung in der Hauptsatzung ist zukünftig das Videostreaming von Ratssitzungen möglich. Damit wird der Zugang der Öffentlichkeit zu den Sitzungen der kommunalen Selbstverwaltung leichtert. Beratungen und Beschlussfassungen können von der Öffentlichkeit unverfälscht und direkt wahrgenommen werden.

Neben dieser Steigerung der Transparenz ermöglicht die Technik auch die Durchführung von hybriden Sitzungen nach § 35 a Gemeindeordnung in besonderen Notlagen.

Weiterhin soll mit der Streamingtechnik die technische Möglichkeit geschaffen werden, Ratsmitglieder mittels „Ton-Bild-Übertragung“ an der Sitzung teilnehmen zu lassen. Gemäß § 34 a GO in der ab 01.01.2027 geltenden Fassung ist eine solche Sitzungsteilnahme zulässig, sofern die dafür erforderliche Technik vorhanden ist.

§ 34 a

Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung

(1) Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorsteher können auf Antrag an Sitzungen der Gemeindevertretung mittels Ton-Bild-Übertragung teilnehmen; dies gilt nicht für die konstituierende Sitzung und nur, wenn dies technisch möglich ist. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende der jeweiligen Sitzung muss abweichend von Satz 1 persönlich im Sitzungsraum anwesend sein. Näheres zum Antrag und zur Antragsfrist ist in der Geschäftsordnung zu regeln.

Letztendlich kann die Streamingtechnik aber auch für alle anderen Veranstaltungen außerhalb der regulären Gremienarbeit genutzt werden. So wären Übertragungen des Neujahrsempfangs, von Kulturevents oder beispielsweise von Kandidatenvorstellungen bei Bürgermeisterwahlen auch aus dem Ratssaal möglich.

3. welche Alternativen gibt es und wie unterscheiden sie sich in den Kosten?

Die möglichen Alternativen zu einer Festinstallation werden derzeit noch erarbeitet. Dies erfolgt auch in Zusammenarbeit mit dem IT-Zweckverband kommunit. In dem Gesamtkonzept, welches im Laufe des Jahres zur Beschlussfassung vorgestellt wird, wird die Verwaltung die wirtschaftlichste Gesamtlösung vorstellen und hierbei auch mögliche Personalkosten für Techniker etc. berücksichtigen. Im Kommunitverbund wird beispielsweise auch eine mobile Lösung projektiert, die Gemeinden ohne eigenen Gemeindesaal genauso die Videoübertragung ermöglichen soll. Sollte eine solche Lösung zum Einsatz kommen können und sich als besonders wirtschaftlich hervorheben, wird die Verwaltung ebenfalls die mobile Lösung empfehlen und von einem größeren Umbau des Ratssaales absehen.

Auch ein kompletter Verzicht auf das Videostreaming ist alternativ möglich. § 34 a GO eröffnet die Möglichkeit der Hybriden Sitzungsteilnahme nur, wenn die Ton-Bild-Übertragung technisch möglich ist. Eine zwangsweise Umsetzung sieht der Gesetzgeber also derzeit nicht vor und die Übertragung der Ratssitzungen per Videostream für die allgemeine Öffentlichkeit ist ein freiwilliger Service, der ebenfalls nicht vorgeschrieben

ist.

8. **1110002 Stadt- und Verwaltungsmarketing:**

Grüne: Warum fließen Zahlungen an Wedel Marketing (135.000 €) und an die Kaufleute (500 €) in die interne Leistungsbeziehung ein? Sollten diese Kosten nicht unter Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen über den Produktbereich 61 gebucht werden?

Die Zuschüsse für Wedel Marketing und die Kaufleute werden im Produkt Stadt- und Verwaltungsmarketing dargestellt, da sie dort thematisch angesiedelt sind.

Der gesetzlich vorgegebene Produktrahmen sieht für die Produktgruppe 61 lediglich die Abwicklung der Steuern, allgemeinen Umlagen und Zuweisungen sowie die Abwicklung des Schuldendienstes vor.

Etwaige andere Zuschüsse sind ebenfalls in den jeweils thematisch korrekten Produkten zugeordnet. Bspw. Zuschuss an Sportvereine im Produkt Sportförderung, Zuschuss an den Theaterverein um Produkt Theater oder die Fraktionszuschüsse im Produkt Kommunale Selbstverwaltung.

9. **1110110 Justiziariat:**

CDU: Weitere Klagen: Ist für das Jahr 2026 mit einer Klage zu rechnen?

Die in der Berichtszeile 16, Konto 5431050, eingeplanten Sachverständigen- und Gerichtskosten in Höhe von jeweils 50.000 € wurden im vergangenen Jahr eingeplant, um auf externe Rechtsberatung zurückgreifen zu können, solange das Justiziariat unbesetzt ist. Zudem laufen aktuell noch Klagen und weitere Klagen sind nicht auszuschließen. Bereits jetzt hat sich gezeigt, zusätzliche externe Rechtsberatung aufgrund der Vakanzen im Justiziariat dringend erforderlich ist. Insoweit sollte der Ansatz auf 100.000 € erhöht werden, um ggf. auskömmlich zu sein.

10. **1110221 Grundstücksverwaltung:**

CDU: Erträge aus Grundstücksverkäufen (BV/2023/090-1): Für die Jahre 2025-2027 sind aufgrund des Ratsbeschlusses BV/2023/090-1 jährlich 2,5 Mio. € an Erträgen aus Grundstücksverkäufen (20 Erbbaugrundstücke) eingeplant. Nach den Beschlüssen dieses Jahres deutet sich jedoch an, dass der Ansatz für 2025 nicht erreicht wird. Wie schätzt die Verwaltung die Situation für die Folgejahre ein? Ist der jährliche Ansatz von 2,5 Mio. € aus Sicht der Verwaltung weiterhin realistisch?

An dem grundsätzlichen Beschluss alle Grundstücke zu veräußern, hat sich nichts geändert. Inwieweit dies realisierbar sein wird, muss sich noch herausstellen. Für die an die Stadt zurückgefallenen Erbbaurechte wurden im vergangenen Jahr Energieausweis beauftragt, die liegen nunmehr weitestgehend vor. Unter anderem hat das Fehlen der Energieausweise den bereits für 2025 eingeplanten Verkauf der Grundstücke erschwert. Dieses Hindernis ist nunmehr beseitigt, insofern wird davon ausgegangen, dass die Verkäufe anziehen. Auf diese Erträge im Vorhinein zu verzichten oder diese zu reduzieren, stellt in Anbetracht des Gesamtdefizits keine Alternative dar.

Investitionsplan, Seite 103: 111022101 Grunderwerb:

FDP: Platzhalter für möglichen Erwerb?

Um unterjährig handlungsfähig zu sein sind im Haushalt jährlich 200.000 € für den Grunderwerb eingestellt. Diese Mittel dienen zum Beispiel dazu gesetzliche Vorkaufsrechte auszuüben oder Flächen zu erwerben, die der Stadt angeboten werden und für die Stadt einen Mehrwert darstellen. Hinter diesem Betrag stehen zum Zeitpunkt der Haushaltaufstellung regelmäßig keine konkreten Sachverhalte.

11. 1110300 Gebäudemanagement:

FDP: Warum steigt die Position „Unterhaltung der baulichen Anlagen“ (UBF, Seite 298, 5211200) um gut drei Millionen Euro?

Die Kostensteigerung resultiert aus den laufenden Großbaumaßnahmen die über das Jahr 2025 in das Jahr 2026 weiterlaufen oder neu begonnen werden. Die Kosten für diese Maßnahmen sind zusätzlich zu den regulären Unterhaltungskosten eingeworben worden.

SPD: Zwischen den geplanten Ausgaben für 2026 und 2027 gibt es teilweise erhebliche Differenzen, wobei für 2026 stellenweise deutlich höhere Ausgaben aufgeführt sind.

a) Seiten 298 + 300 + 305, Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, welche bauliche Anlagen außer der Tiefgarage sind gemeint?

Für den Doppelhaushalt 2026 / 2027 wurden erhebliche Ansätze für die Unterhaltung der baulichen Anlagen eingestellt. Für viele Gebäude waren für 2025 und sind für 2026 deutlich höhere Aufwendungen zur Gebäudeunterhaltung und zur Unterhaltung der Technischen Gebäudeausstattung (TGA)-Anlagen eingeplant, um bereits bekannte Schäden bzw. Mängel zu beheben. Die Kosten für die Gebäude werden auf das nutzende Produkt über das Konto Inanspruchnahme Gebäudemanagement umgelegt, damit werden auch die erhöhten Unterhaltungsaufwendungen an die Nutzenden weitergegeben. Im Jahr 2027 sind wieder die von der KGSt empfohlenen Beträge in Höhe von 1,2% des Versicherungswertes eingeplant.

Die größten Einzelpositionen Unterhaltung bauliche Anlagen sind:

1110300107.5211200 TL Albert-Schweitzer-Schule	1.275.500,00
1110300101.5211200 TL Rathaus	779.600,00
1110300112.5211200 TL Gebrüder-Humboldt-Gemeinschaftsschule	752.000,00
1110300108.5211200 TL Moorwegschule	515.600,00
1110300110.5211200 TL Johann-Rist-Gymnasium	334.300,00
1110300109.5211200 TL Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule	275.800,00
1110300180.5211200 TL TSV-Gebäude	138.800,00
1110300106.5211200 TL Altstadtschule	114.100,00
1110300111.5211200 TL Förderzentrum	96.800,00
1110300102.5211200 TL Feuerwache	77.500,00
1110300116.5211200 TL Sporthalle Breitscheid-Straße	64.900,00
1110300156.5211200 TL Hausmeisterhaus-Haus Flerrentwiete 1	50.000,00

Für die Unterhaltung der TGA-Anlagen sind die größten Einzelpositionen:

1110300107.5211210 TL Albert-Schweitzer-Schule	625.500,00
1110300112.5211210 TL Gebrüder-Humboldt-Gemeinschaftsschule	538.500,00
1110300101.5211210 TL Rathaus	249.600,00
1110300109.5211210 TL Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule	190.800,00
1110300110.5211210 TL Johann-Rist-Gymnasium	154.300,00
1110300179.5211210 TL Sporthalle TSV	151.200,00
1110300111.5211210 TL Förderzentrum	131.800,00
1110300106.5211210 TL Altstadtschule	89.100,00
1110300108.5211210 TL Moorwegschule	85.600,00
1110300102.5211210 TL Feuerwache	67.500,00
1110300116.5211210 TL Sporthalle Breitscheid-Straße	64.900,00

FDP: bitte Steigerung erklären von 724.600 €?

Unter Berücksichtigung der Neuanmietung der Container an der Moorwegschule (siehe auch BV/2025/038), dem Abbau der alten Container an der MWS und der Containeranlage am JRG sind für Mieten im Produkt Gebäudemanagement 688.400 € zu veranschlagen.

FDP: bitte Steigerung erklären von 87.000 €?

Der Ansatz 2025 für die Energiekosten Wasser war nicht ausreichend bemessen und wurde im Zuge der Haushaltsaufstellung pauschal gekürzt. Das Ergebnis lag 2024 bei rd. 129.162 €. Der Ansatz 2026 ist den realen Kostensteigerungen und dem Verbrauch angepasst worden. Die Differenz liegt bei rund 10.000 €.

SPD: Seite 304: Warum verdoppelt sich der Haushaltsansatz in 2026 Schadensfälle?

Im Durchschnitt liegen die Aufwendungen aus Schadensfällen bei rund 340 bis 350 T€ pro Jahr. Für 2026 kommt die Schadenssanierung nach dem Rohrbruch im Neubau des Südflügels der GHS hinzu. Hierfür sind zusätzlich 350 T€ eingestellt.

1110300101.7831000 Möblierung Sitzungsräume (Seite 104):

Grüne: Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Reichen evtl. Reparaturmaßnahmen? Wie prioritär ist diese Maßnahme?

WSI: Wenn laut Begründung eine Unfallgefahr besteht, weshalb erfolgt eine Aufteilung und keine Dringlichkeit? / Kann das gestreckt werden? / Welche Sitzungsräume werden in 2027 für 120.000.-€ wie und womit möbliert?

Die Möblierung aus den Anschaffungsbaujahren 1979/1980 weiß massive Schäden in Bereichen der Polsterung und Tischaufhängung auf. Eine Neuaufarbeitung des Mobiliars soll angefragt werden. Falls das nicht wirtschaftlich ist oder eine Überarbeitung nicht machbar, sollten neue Möbel angeschafft werden. Dafür wurden vorsorglich höhere Haushaltssmittel eingeplant. Leider sind in den vergangenen 10 Jahren aufgrund nicht ausreichender Haushaltssmittel alle Versuche des Gebäudemanagements gescheitert, das Mobiliar zu ersetzen oder zu überarbeiten. Lediglich der Sitzungsraum Caudry konnte im Jahre 2020 mit neuem Mobiliar ausgestattet werden.

1110300101.7831000 Anlagen im Bau (Photovoltaikanlagen) (Seite 105):

FDP: Gehört das zum "1110300101.7831000 Umbau Rathaus Heizung auf erneuerbare Energie"?

Grüne: Um welche Photovoltaikanlagen handelt es sich?

Rathaus: Gesetzliche Anforderung, Gebäudeenergiegesetz (GEG) und, Gesetz über die Energiewende, den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (EWKG-SH) PV Installationen - Wärmepumpen.

1110300101.7831000 Möblierung Kantine (Seite 105):

FDP: Warum so teuer?

Grüne: Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Warum so teuer? Wie prioritär ist diese Maßnahme?

Im Zuge des Projektes Mitarbeiterbindung hat die Wertegruppe „Vertrauen“ 2020 mit den Mitarbeitenden eine Neugestaltung der Kantine zur „Kombüse“ inklusive Anlagenanpassung erarbeitet. Bei der Umgestaltung der Küche muss auch die Anlagentechnik erneuert werden. Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme auf 2028 zu verschieben.

1110300101.7831000 Um Rathausheizung auf erneuerbare Energie (Seite 105):

Grüne: Was soll bei der Heizung genau gemacht werden? Gibt es evtl. Zuschüsse?

Gesetzliche Anpassung nach Gebäudeenergiegesetz (GEG). Das Rathaus soll perspektivisch an das Fernwärmennetz der Stadtwerke Wedel GmbH angeschlossen werden. Wann dies der Fall sein wird, hängt von der Umsetzungsplanung der Wärmeplanung in Wedel ab. Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme auf 2028 zu verschieben.

12. 1220010 Ordnungsangelegenheiten:

FDP: Die Ausgaben für Bürobedarf im Produktbereich „Sicherheit und Ordnung“ steigen in 2027 gegenüber 2024 um über 30.000,-€ und gegenüber 2025 um über 57.000,-€ (S. 330, 5431010). Was liegt dem zugrunde?

Für die Erhöhung des Ansatzes sind im Wesentlichen zwei Faktoren ausschlaggebend. Zum einen sind die Kosten für Sicherheitspapier, dass für Urkunden benötigt wird, stark gestiegen. Zum anderen sind hier Lizenzgebühren für Software neu veranschlagt.

Investitionsplan, Seite 106: 122001705 Investitionen Verkehrsaufsicht:

FDP: Wofür ist das?

Grüne: Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesem Ansatz? Betrifft dies die Anschaffung von neuen Parkautomaten?

Die Erläuterung zu dieser Investition stand bereits im Haushaltsentwurf auf Seite 338.

Hier nochmal etwas ausführlicher: Der angemeldete Betrag ist ausschließlich für die neuen Parkscheinautomaten gedacht. Es sollen für das gesamte Stadtgebiet 28 Parkscheinautomaten angeschafft werden. Die Investition wird sich schnell amortisieren, da wir durch die jetzigen, alten Automaten hohe Ausfälle im Bereich der Parkgebühren verzeichnen. Die alten Automaten sind abgängig und fallen leider sehr oft aus. Es werden auch keine Ersatzteile mehr hierfür hergestellt.

Außerdem sollen die neuen Automaten die Zahlung mit EC-Karte zulassen, sodass wir von einer höheren Zahlungswilligkeit der Bürgerinnen und Bürger ausgehen und somit von einer geringeren Dunkelziffer der nicht geahndeten Verstöße.

26 Parkscheinautomaten im gesamten Stadtgebiet sollen 1 zu 1 ersetzt werden. Zwei Parkscheinautomaten dienen der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung auf Basis der derzeitigen Parkgebührenverordnung.

Diese Investition ist wichtiger Bestandteil des Haushaltskonsolidierungsprojektes „Erweiterung Parkraumbewirtschaftung“.

13. 1260010 Freiwillige Feuerwehr Wedel:

SPD: b) Handelt es sich auf Seite 353 Zeile 29 um eine geplante Anschaffung für die Feuerwehr ? Wenn ja welche und wofür wird sie aktuell benötigt, wenn nein, wodurch entsteht der (Fehl)betrag auf Seite 354 Zeile 38 ?

Auf den Seiten 351 bis 354 ist der Teilfinanzplan 1260010 „Freiwillige Feuerwehr Wedel“ dargestellt. Darunter auch die Auszahlungen für Investitionen auf den Seiten in den Berichtszeilen von 27 bis einschließlich 31. Die Einzelinvestitionen sind erstens in der Übersicht Investitionsmaßnahmen auf den Seiten 355 bis 357 ausführlich dargestellt. Zum zweiten sind die Investitionen in der Investitionsübersicht, Seiten 101 ff. dargestellt (Investitionen Feuerwehr: Seite 106 bis einschließlich Seite 110).

In der Berichtszeile 38 des Teilfinanzplans, Seite 354, wird der Finanzmittelüberschuss bzw. -fehlbetrag ausgewiesen, dieses ist seit 2011 so. Regelmäßig weisen die meisten Produkte einen Finanzmittelfehlbedarf aus. Im Idealfall gleichen die Produkte mit einem Finanzmittelüberschuss (Insbesondere das Produkt 6110010 „Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen“) den Finanzmittelfehlbedarf der übrigen Produkte vollständig aus. Gelingt dieses nicht, weist der Gesamt Finanzplan (siehe Seiten 145 ff.) in der Berichtszeile 44 einen negativen Finanzmittelsaldo aus. Eine Übersicht dazu ist auf den Seiten 153 und 154 zu finden. Hier sind die Finanzmittelsalden jeweils für die Verwaltungs- und Investitionstätigkeit für die Produktbereiche dargestellt.

Investitionsplan, Seite 108: 126001706 Planung Neubau Feuerwache:

Grüne: Bitte diese jährlichen Investitionen jeweils erläutern: Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen?

Die Kosten für die Ingenieurleistung (LPH) nach HOAI: für die Jahre 2026/2027- LPH 1 Grundlagenermittlung und LPH 2 Vorplanung auf 2 Jahre aufgeteilt.

Im Jahr 2028/2029 soll mit der LPH 3 Entwurfsplanung und LPH 4 Genehmigungsplanung aufgeteilt auf zwei Jahre, fortgefahren werden.

Investitionsplan, Seiten 108-110: 126001707-126001732 verschiedene Fahrzeuge Feuerwehr:

FDP: 80.000 € - Auf 2027 verschieben? Löschgruppenfahrzeug LF 10 (126001727

Grüne: 126001707 Kommandowagen PKW klein - Bitte eine kurze Darstellung über Vor- und Nachteile Leasing gegenüber Kauf. Wäre Leasing möglich, falls dies wirtschaftlicher als Kauf wäre? Sind Leasing und Förderung miteinander vereinbar? Werden bei dieser Neuanschaffung die Kriterien der umweltfreundlichen Beschaffung berücksichtigt?

Bitte aussagekräftige Übersicht aller Fahrzeuge der Feuerwehr:

Wie ist der Zustand des Fahrzeugparks insgesamt?

Müssen Fahrzeuge zwingend zeitnah ersetzt werden? Gibt es eine Pflicht zur Beschaffung zum jetzigen Zeitpunkt? Nach welchen Kriterien erfolgt die Neubeschaffung (Abschreibung)? Für welche Fahrzeuge ist Leasing sinnvoll? Welche Auswirkung hat Leasing auf Förderung (s.o.) Ist ggf. eine Sammelbestellung der Wehren im Kreis Pinneberg möglich und kostengünstiger?

Werden bei den Neuanschaffungen bzw. dem Ersatz die Kriterien der umweltfreundlichen Beschaffung berücksichtigt?

Im UBF am 15.01.2026 wurde das Beschaffungskonzept für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Wedel erläutert.

Die Feuerwehr hat vorgeschlagen, die Anschaffung des Löschgruppenfahrzeuges LF 10 (126001727) aus dem Haushalt 2026 in das Jahr 2028 zu verschieben. Des Weiteren kann der Gerätewagen Logistik (126001728) aus dem Haushalt 2027 auf das Jahr 2032 verschoben werden.

14. 21xxxx Schulen:

CDU: ASS - S. 378 / Versicherung gegen Vermögensschäden (Erhöhung auf 111.000 €):

Warum fällt der Versicherungsaufwand so hoch aus?

Hierbei handelt es sich um die gesetzliche Schülerunfallversicherung. Aktuell zahlen wir 68,45 € pro Schüler/in.

Die Zuordnung zu den einzelnen Schulen wird noch einmal überarbeitet.

Auf Gesamthaushaltsebene beläuft sich die Schülerunfallversicherung auf eine Größenordnung von rund 240 T€ bei derzeit 3.472 Schüler/innen. Tarifsteigerungen sind noch nicht berücksichtigt.

CDU: Seite 433 - Telefon- und Internetkosten: Warum steigen die Kosten von 2.500 € (2025) auf 4.900 € (2026)?

Die Telefon- und Internetkosten sind nicht an allen Schulen gestiegen. In der Summe über alle Schulen sind die Ansätze von 2025 40.000 € auf 2026 42.000 € gestiegen. Hintergrund:

Die derzeitige Internetanbindung über das pädagogische Glasfasernetz S-H und Dataport reicht für die heutigen Anforderungen - insbesondere bei weiterführenden Schulen - nicht mehr aus. Engpass ist dabei vor allem die begrenzte Internet-Gateway-Bandbreite von Dataport. Dieses limitiert die Bandbreite für jede Schule auf 150 Mbit/s.

Zur nachhaltigen Lösung der Bandbreiten- und Betriebsprobleme ist geplant, alle Schulen über Dark Fiber direkt an das Rechenzentrum („Bunker“) unter dem JRG anzubinden. Hier stehen 2x 5 Gbit/s zur Verfügung, die das JRG bereits nutzt.

Vorteile:

- deutlich höhere und stabile Bandbreiten,
- Vereinfachung der Administration,
- Server-Virtualisierung und Zentralisierung,
- langfristige Einsparungen bei Hardware-, Wartungs- und Stromkosten,
- zusätzliche Möglichkeiten (Telefonie, Gebäudeautomation).

Die Anbindung der ersten Schulen (GHS, EBG und MWS) durch die Stadtwerke ist beauftragt und soll im 1. Quartal 2026 erfolgen, weitere Schulen folgen 2026/27.

Grüne: Die Investitionen in den Produktbereichen der Schulen: Erweiterung/Ersatz IT-Ausstattung - Gehören diese Investitionen noch zum Digitalpakt 2?

Ja, die Maßnahmen gehören zum Digitalpakt II. Ob hieraus Fördermittel bezogen werden können, weiß man erst, wenn die Kostenerstattungen vorgelegt werden.

CDU: Anschaffung neuer Multifunktionsdrucker / neue IT-Personalie (Ersatz für externe Beauftragung, vermutlich Firma Grassau). Wie hoch könnten die voraussichtlichen Einsparungen ab 2026 durch wegfallende externe IT-Kosten sein?

Wie ist der aktuelle Stand der Medienentwicklungsplanung?

Liegen wir im vorgesehenen Zeit- und Kostenplan?

Begründung gilt für alle Schulen:

Im Mai 2025 lief nach 5-jähriger Laufzeit der Leasingvertrag über die Multifunktionsdrucker an den Schulen mit der Firma RICOH aus. Die Ausschreibung im Jahre 2020 beruhte auf einer Bedarfserhebung zum damaligen Zeitpunkt. Die Nutzung der Geräte hat sich jedoch im Laufe der Zeit verändert. Inzwischen werden mehr Farbdrucke und -kopien benötigt. Die Anzahl der S/W-Drucke ist hingegen stark rückläufig.

Den Zuschlag im Ausschreibungsverfahren erhielt die Firma Triumph-Adler. Der neue Vertrag enthielt zudem ein dynamisches Preismodell, bei dem sich die Leasingkosten an den tatsächlichen Verbräuchen bemessen. Die Laufzeit beträgt wieder 5 Jahre. Aus diesem neuen Vertrag werden Einsparungen in Höhe von 75.000,00 € über die gesamte Laufzeit erwartet.

Die Besetzung der Stelle 4-401-05 - Schul-IT - erfolgte im 3. Quartal 2025. Bis zur Einarbeitung des Stelleninhabers in den Aufgabenbereich der Schul-IT bediente sich die Stadt Wedel weiterhin der Unterstützung der Amendos GmbH für Providersteuerung, Projektentwicklung und Fördermittelmanagement in der Schul-IT.

Die Firma amendos GmbH hat an der Umsetzung des ersten Digitalpaketes maßgeblich mitgewirkt. Wie die Umsetzung des zweiten Digitalpaketes erfolgen wird, wird derzeit geprüft. Die Stelle 4-401-05 ersetzt nicht die Leistungen der Grassau GmbH im Bereich Schul-IT-Betrieb. Die Beauftragung der Grassau GmbH wird bis 2029 fortgeführt. Vor Ablauf des Vertrages erfolgt eine erneute Ausschreibung der Providerleistungen.

Investitionsplan Seite 111 - IT-Ausstattung (156.800 € in 2026 / 223.500 € in 2027):

CDU: Für welche Maßnahmen sind diese zusätzlichen Investitionen vorgesehen? Können diese Ausgaben auf mehrere Jahre verteilt werden?

Siehe Anhang TOP 5.2 BKS 2026 01 09 zur Antwort WSI.

WSI: Seite 10 - Weshalb wird die Elbschule nicht erwähnt; wo finde ich die zu zahlenden Schulkostenbeiträge?

Die Elbschule ist eine private Schule. Die Stadt Wedel ist also nicht Schulträgerin. Daher finden sich keine entsprechenden Informationen.

WSI: Investitionsplan:

Seite 111-120 IT-Ausstattung der Schulen jeweils ATS 156.8 T€; 223.5 T€ ???
ASS 113.9 T€; 129 T€ ???

wofür nötig?

MWS 203.9 T€; 102.7 T€ ????

JRG 110.9 T€; 124 T€
GHS 94.9 T€; 102.6 T€
EBS 91.7 T€; 93.1T€
Förderzentrum 27. T€; 21.9 T€

Siehe Anhang TOP 5.2 BKS 2026 01 09 zur Antwort WSI.

WSI: Nutzung Schwimmbad:

Seite: 372 ATS 5.5 T€; 5.5 T€
Seite 382 ASS 11 T€ 11 T€
Seite 393 MWS 12.5T€ 12.5T€
Seite 404 JRG 12.6 T€ 12.6T€
Seite 411 GHS 8 T€ 8 T€
Seite 422 EBS 9.6T€ 9.6 T€

Wo werden die Einnahmen gebucht?

Die Kombibad Wedel GmbH ist eine eigenständige Tochter der Stadtwerke Wedel GmbH. Die Kombibad Wedel GmbH stellt der Stadt die Kosten für das „Schulschwimmen“ in Rechnung. In der Gewinn- und Verlustrechnung der Kombibad Wedel GmbH werden diese Beträge als Einnahmen verbucht.

WSI: Versich. gegen Vermögensschäden:

Seite 372 ATS 15.5 T€ 15.7 T€
Seite 382 ASS 110,6 T€ 111 T€
Seite 393 MWS 17.6 T€ 17.7 T€
Seite 404 JRG 19.1T€ 19.2 T€
Seite 411 GHS 21.2 T€ 21,2 T€
Seite 426 EBS 51,6T€ 51,8 T€

Was wird gegen diese hohen Versicherungszahlen unternommen? Gibt es Konzepte?

Dabei handelt es sich um Leistungen an den KSA SH. Die Stadt Wedel bezahlt jährlich einen entsprechenden Betrag, der abhängig ist von der Anzahl der Schüler*innen

15. 2110010 Grundschule Altstadtschule (Grüne):

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2110010 Altstadtschule

Berichtszeile 10: - Die Erträge reduzieren sich in diesem Produkt. Wie kommt das zustande?

Zum einen reduzieren sich die Landeszusweisungen, zum anderen hat sich die Zahl der auswärtigen Schüler/innen reduziert, in der Folge sinken die Schulkostenbeiträge.

Berichtszeile 29 (Konto: 7831000): - Was genau verbirgt sich hinter den insgesamt 444.300 € in diesem Bereich?

Neben der regulären Inventaranschaffung für die Schulen, sind weiter erhebliche Mittel für die Erweiterung und den Ersatz der IT-Ausstattung eingeplant. Eine mögliche Förderung könnte über den DigitalPakt erfolgen.

16. 2110020 Grundschule Albert-Schweitzer-Schule:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2110020 Albert-Schweitzer-Schule

Grüne: Wo im Produkt Albert-Schweitzer-Schule finden sich die Mittel aus dem Startchancenprogramm?

Die Schule ist in das Startchancen-Programm des Landes Schleswig-Holstein (Säule 1: Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung) aufgenommen worden. Für das Jahr 2026 wurden die Mittel für die Säule 1 des Startchancenprogrammes im August 2025 angemeldet.

Diese Summe der Anmeldung setzt sich aus den Gesamtkosten einer größeren Baumaßnahme zusammen. Wie die Aussichten sind, hierfür Fördergelder zu erhalten, kann noch nicht einschätzt werden. Daher wurde der Gesamtbetrag angemeldet.

Grüne: Berichtszeile 16 (Konto: 5431030): Die Telefon- und Internetgebühren steigen in den kommenden zwei Jahren um rund 7.000 € an. - Wie kommt das zustande?

Siehe oben Nr. 13.

Grüne: Berichtszeile 25 (Konto: 5811310): - Warum steigt die Inanspruchnahme des Gebäudemanagements im Jahr 2026 um rund 655.000 € und im Jahr 2027 um rund 200.000 € im Vergleich zum Jahr 2025?

Für die ASS sind neben der normalen Unterhaltung für 2026 größere Sanierungsmaßnahmen geplant:

Dachsanierung für den Verwaltungstrakt 350.000 €, Klassenraumsanierung Brandschutz 4. Teil 350.000 €, Sanierung der Eingangstüren und Vordächer im Zuge des Neubaus 250.000 €, Übergang zum Neubau anpassen 150.000 € und die Außenabdichtung am Altbau im Zuge der Wiederherstellung der Außenanlagen zum Verbindungstrakt 100.000 €. Zudem ist der Anschluss an die Fernwärme und der Austausch bestehender Leitungen vorgesehen 400.000 €.

Für 2027 geht der Ansatz wieder auf ein Normalmaß zurück.

Solche Sprünge zwischen den Jahren sind unausweichlich, da jedes Jahr an den verschiedenen Gebäuden notwendige Sanierungsmaßnahmen geplant werden. Je nach Größenordnung der Sanierungsmaßnahmen, kann es von einem zum anderen Jahr zu erheblichen Sprüngen bei der Inanspruchnahme des Gebäudemanagements kommen.

CDU: Investitionsplan, Seite 110 ASS:

Sportgeräte (10.000 € pro Jahr) - Handelt es sich um einen fortgeschriebenen Standardansatz oder besteht tatsächlicher Bedarf?

WSI: Die jährliche Anschaffung von Sportgeräten in den Schulsporthallen ab 5T€ -10T€- 15T€ je nach Schulform ist dies notwendig? jedes Jahr?

Diese Ansätze sind Pauschalen, um handlungsfähig zu sein, sollten Sportgeräte kaputtgehen oder bei der jährlich vorgeschriebene TÜV-Prüfung Mängel an den Sportgeräten festgestellt werden. Damit kann ggfs. zeitnahe eine Ersatzbeschaffung vorgenommen werden.

SPD: Im Produkt 2110020 "P Grundschule Albert-Schweitzer-Schule" verdoppeln sich die internen Leistungsbeziehungen für '26 fast. Dabei steigen sowohl die Steuerungsleistungen als auch die Inanspruchnahme des Gebäudemanagements stark. Die Inanspruchnahme des Gebäudemanagements sinkt dann für '27 und '28 sogar unter die Werte von '24 und '25, um dann in '29 und '30 wieder zu steigen. Wie begründen sich diese Schwankungen? (S. 379)

Für viele Gebäude waren für 2025 und sind für 2026 deutlich höhere Unterhaltungsaufwendungen eingeplant, um bereits bekannte Schäden bzw. Mängel zu beheben. Die Kosten für die Gebäude werden auf das nutzende Produkt über das Konto Inanspruchnahme Gebäudemanagement umgelegt, damit werden auch die erhöhten Unterhaltungsaufwendungen an die Nutzer weitergegeben. Im Jahr 2027 sind wieder der von der KGSt empfohlenen Beträge eingeplant. Siehe auch oben Nr. 11.

Investitionsplan, Seite 112 - Erneuerung der Außenanlagen 2026-2028 (ca. 2 Mio. €):

CDU: Welche Maßnahmen sind konkret eingeplant?

FDP: Wofür 1,4 Mio?

Grüne: Was genau soll gemacht werden? Gibt es Gelder aus dem Perspektivprogramm?

Die Planung der Außenanlagen inklusive Kostenschätzung wurde im UBF am 07.11.2024 vorgestellt, siehe auch Präsentation dazu in Allris. Eine Förderung könnte über das Startchancenprogramm erfolgen, ein entsprechender Antrag ist gestellt.

Investitionsplan, Seite 112 - Neu- und Erweiterungsbauten:

CDU: Konto 7851000: Sind die veranschlagten 130.000 € die Schlussrate für den Neubau?

FDP: Ist das der Rest des Neubaus?

Grüne: Sind Fördermittel zu erwarten?

Die 1,3 Mio. € sind für die im Bau befindliche Erweiterung der ASS eingeplant. Diese Maßnahme läuft aktuell. Nein, Fördermittel sind nicht zu erwarten, da es sich hier um eine begonnene Maßnahme handelt.

17. 2110030 Moorwegschule:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2110030 Moorwegschule

Grüne: Berichtszeile 16 (Konto 5431050): - Warum werden hier 10.000 € mehr im Ansatz veranschlagt als „normal“ vorgesehen?

Für 2026 wurden 15.000 € und für 2027 5.000 € eingeworben. Die Firma amendos GmbH hat an der Umsetzung des ersten Digitalpaktes maßgeblich mitgewirkt. Wie die Umsetzung des zweiten Digitalpaktes erfolgen wird, wird derzeit geprüft.

Investitionsplan, Seite 114 - „Lehrerparkplatz erneuern“ (CDU): Wie wichtig ist die Umsetzung bereits im Haushalt 2026?

Die Erneuerung des Parkplatzes sollte nur in Verbindung mit dem Ausbau des Breiten Weges erfolgen. Dieser ist ebenfalls für 2027 eingestellt, so dass beide Maßnahmen zeitlich abgestimmt aufeinander umgesetzt werden können.

Seite 396 Maßnahme 211003706 „Kunststoffpausenhof“ (CDU): Bezieht sich dieser Ansatz auf die Containerfläche?

Auf der Fläche stehen zurzeit Container. Nachdem diese abgebaut sind, muss die Fläche wiederhergerichtet werden.

SPD: 2027 gehen die Ansätze wieder auf das normale Niveau zurück. Im Produkt 2110030 "P Grundschule Moorwegschule" entwickelt sich die Inanspruchnahme des Gebäudemanagements ähnlich wie an der ASS, nur dass die Werte ungefähr die Hälfte betragen. Wie begründen sich hier die Schwankungen? (S. 390)

Siehe Antwort zur ASS.

Investitionsplan Seite 114 - Lehrerparkplatz erneuern:

Grüne: Was genau soll gemacht werden? Wie hoch ist die Priorität dieser Maßnahme? Ist eine Verschiebung möglich?

Die Erneuerung des Parkplatzes sollte nur in Verbindung mit dem Ausbau Breiter Weg erfolgen. Die Gelder müssen eingeworben werden.

18. 2170010 Johann-Rist-Gymnasium:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2170010 Johann-Rist-Gymnasium

CDU: Sach- und Lernmittel (Konto: 5291300): Der Ansatz steigt um 30.000 € - ist dieser

Anstieg korrekt?

Der Betrag wurde aufgrund fortgeschriebener Pauschalbeträge je Schüler/in berechnet. Mögliche Reduzierungen wurden seitens der Schulleitung während der Haushaltaufstellung, anders als bei einigen anderen Schulen, nicht zugelassen. Vielmehr wurde auf die allgemeine Kostensteigerung und die gestiegenen Anforderungen abgestellt.

Investitionsplan Seite 116 - 217001710 Grundsanierung der Sportanlage mit Kleinspielfeld:

FDP: Was wird da gemacht?

Es handelt sich hier um die Reste des Neubaus. Das Objekt wird erst nach Fertigstellung der Außenanlagen komplett schlussgerechnet.

Grüne: Gibt es hierfür evtl. Fördergelder?

Der Rat hat am 29.01.2026 die Vorlage (BV/2025/117) auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Maßnahme wird bis zur nächsten Tranche des Förderprogramms "Sanierung kommunaler Sportstätten 2025/2026" des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) zurückgestellt.

Investitionsplan Seite 116 - 217001715 Modernisierung Steinberghalle:

FDP: sind die Kosten realistisch?

Grüne: Der Rat hat am 30.01.25 die BV zur Sanierung in Bauabschnitten beschlossen: Kosten (inkl. Baukostensteigerung): 4,733 Mio. Euro.

Die Sanierungsmaßnahme hat sich binnen Monaten um 675.539 Euro auf 5,408 Mio. Euro verteuert.

Warum hat sich die Sanierungsmaßnahme verteuert? Sind im Haushaltsplan jetzt zu erwartende Eventualitäten mit einberechnet? Wie lautet der Plan, wenn sich bis zum 1.1.26 kein Generalunternehmen finden lässt?

Die Basis für die BV/2024/130 war die Kostenberechnung der Entwurfsplanung in der LPH 3* 4.733.000 €. Nach diesem Beschluss wurde die Planung in den LPH 4-6 vertieft. Der Kostenvoranschlag in der LPH 6 liegt bei 5.408.000 €. Das bedeutet eine Kostensteigerung um 14% (Abweichung ist bis max. 20% möglich). Die Ausschreibung für einen Generalunternehmer (GU) lief bis zum 07.01.2026. Die Vergabeverhandlungen laufen zurzeit noch. Das Ergebnis dieser Verhandlungen muss im Anschluss analysiert und bewertet werden.

*LPH - Leistung Phasen nach HOAI Siehe Protokoll UBF 20.11.2025

19. 2182010 Gebrüder-Humboldt-Schule:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2180010 Gebrüder-Humboldt-Schule

Grüne: Berichtszeile 25 (Konto: 5811310): - Warum steigen die Aufwendungen im Jahr 2026 um rund 500.000 € und fallen im Jahr 2027 um rund 1.300.000 €?

Für die GHS sind neben der regelmäßigen Unterhaltung ebenfalls größere zusätzliche Sanierungsmaßnahmen geplant:

Altbau: Dachsanierung 350.000 €, Fenster Schulhofseite 150.000 €, Betonsanierung UG Portal 50.000 €, Sanierung Kunst und Werkräume (2. BA) 350.000 € sowie Sonnenschutzsteuerung 42.000 €.

SPD: Im Produkt 2182010 "P Gebrüder-Humboldt-Schule" steigen die Kosten für die Inanspruchnahme des Gebäudemanagements in '26 leicht, sinken dann in '27 sehr stark. Auch in den Folgejahren geht es auf und ab. Wie begründen sich diese Schwankungen? (S. 412)

Siehe oben und Antwort zur ASS.

Investitionsplan, Seite 117 - 218201711 Neugestaltung des Schulhofes nach An- und Umbau

GHS:

FDP: Was wird da gemacht?

Grüne: Was soll da genau passieren?

Bauabschnitt (BA) 2 der Schulhofsanierung: Wiederherstellung Oberschulhof, Müllplatz an der Straße, Regenwasser Grundleitung Erneuerung, mehr Bewegungsangebote für Schüler/innen, Pflaster und Sickerfugen.

20. **2182020 Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule:**

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2180020 Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule

Investitionsplan, Seite 119 - Bau eines Carports (65.000 €):

CDU: Wie setzt sich der Betrag zusammen? Ist eine kostengünstigere Variante möglich?

Die Garage und der Carport dienen der Unterstellung der Trecker und Großgeräte für die Schule und den Sportplatz. Die Garage wurde bereits abgerissen, weil sie baufällig war. An einer Schule handelt es sich dabei um einen Sonderbau, der einer Baugenehmigung bedarf, daher sind auch Ingenieurleistungen zu veranschlagen.

Investitionsplan, Seite 119 - Geräte Lehrküche (101.000 €):

CDU: Welche Ausstattung umfasst die Lehrküche?

FDP: 100 T€ nur für Geräte?

Es ist eine Modernisierung der Küche und des Speiseraums sowie der Austausch der Geräte vorgesehen Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme auf 2028 zu verschieben.

EBG - zusätzlicher Parkplatz für den Hausmeister:

CDU: Ist ein zusätzlicher Parkplatz notwendig?

Weder im Investitionsplan 2026/2027 noch in der mittelfristigen Finanzplanung sind Mittel für einen zusätzlichen Parkplatz für den Hausmeister an der EBG angemeldet.

21. **2410010 Schülerbeförderung:**

SPD: Unseres Kenntnisstandes sollten die Kosten für die Schülerbeförderung zu je 1/3 durch den Kreis, die Gemeinden und die Eltern getragen werden. Wobei der Kreis Pinneberg aktuell die gesamten Kosten trägt. In den Unterlagen sind nur 5.000€ Kostenerstattung durch den Kreis aufgeführt. Dies entspricht keiner der Varianten.

Wie werden die Kosten für die Schülerbeförderung aktuell getragen?

Bei den Schülerbeförderungskosten wird zwischen den Kosten für eigene und für auswärtige Schüler/innen, die Wedeler Schulen besuchen, unterschieden.

Die Kosten für die Beförderung auswärtiger Schüler/innen mit Anspruch auf ein Deutschlandticket (lt. Schülerbeförderungssatzung des Kreises Pinneberg) werden seit August 2023 komplett vom Kreis Pinneberg getragen.

Kosten für die sonstige Beförderung auswärtiger Schüler/innen, z.B. Taxi, eigener PKW, trägt der Kreis Pinneberg zu 2/3, die Stadt Wedel zu 1/3 (Lt. Schulgesetz).

Zurzeit ist ein Schüler in der Taxi Beförderung, Kosten ca. 1.900,00 € monatlich, davon ca. 633,00 € Anteil der Stadt Wedel.

Diese Kosten werden bei der Abrechnung der Schulkostenbeiträge berücksichtigt.

Eigene Schüler/innen mit Wohnung in Wedel, die das Förderzentrum Heidewegschule in Appen-Etz besuchen, werden gesondert befördert. Der Transport obliegt dem Kreis

Pinneberg mit eigenen Bussen. Die Beteiligung an diesen Kosten für die Beförderung zum Förderzentrum trägt die Stadt Wedel (lt. Schulgesetz) zur Hälfte.

Die Beförderungskosten für eigene Schüler/innen, wohnhaft in Wedel, die eine Regel-Schule in Wedel besuchen, werden von der Stadt Wedel nicht bezuschusst.

22. 2430010 Schulsozialarbeit:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2430010 Schulsozialarbeit

Grüne: Berichtszeile 2 (Konto: 4142000): - Kreiszuweisungen in Höhe von 2.700 € werden angegeben. Wurden Gespräche geführt, um auch vom Kreis Pinneberg die im Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2022 geforderte Drittteilung der Kosten für die Schulsozialarbeit umzusetzen - so wie in der Haushaltssicherungstabelle 2028 beschrieben?

Hier sind lediglich noch Kreiszuschüsse für die Supervisionen in Höhe von 180 € pro Mitarbeitenden eingestellt. Darüber hinaus hat der Kreis die Bezuschussung eingestellt. Gespräche mit dem Kreis haben bisher nur in der Arbeitsgruppe „Schulsozialarbeit“ stattgefunden. Die konkreten Zuweisungen wurden in diesem Rahmen nicht thematisiert. Einzelzuweisungen stehen zudem im Widerspruch zu der vorherrschenden Auffassung auf Verwaltungsleitungsebene. Hier besteht darüber Einvernehmen, dass der Kreis Pinneberg keine Zuschussprorramme auflegt, die im Ergebnis über die Kreisumlage finanziert werden.

Grüne: Berichtszeile 25 (Konto: 5811100): - Die Kosten bei der Steuerungsleistung sinken um rund 80.000 €. Was ist der Grund hierfür?

Die Reduzierung der Steuerungsleistung hängt mit der Reduzierung der zugeordneten Arbeitszeit zusammen.

Im Jahr 2025 wurden 538,78 Leistungsstunden, das entspricht 13,815 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) der Schulsozialarbeit zugeordnet. Daraus haben sich Steuerungsleistungen in Höhe von 612.300 € ergeben. Für 2026 sind der Schulsozialarbeit 460,54 Leistungsstunden zugeordnet, was 11,809 VZÄ entspricht. In Summe errechnen sich damit 530.900 € Steuerungsleistungen.

23. 2520010 Museen:

Investitionsplan, Seite 121 - 252001703 Ernst-Barlach-Museum:

CDU: Ist die Installation eines Fahrstuhls zwingend notwendig?

Wo wäre der Lift geplant?

Steht das Gebäude unter Denkmalschutz?

Ist der Ansatz von 75.000 € für die Heizungsanlage notwendig und plausibel?

FDP: Muss die Heizung ausgetauscht werden?

Grüne: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt einen Umbau der Heizungsanlage im Ernst-Barlach-Museum und die Umstellung auf erneuerbare Energie ausdrücklich. - Was für eine Heizungsanlage soll für die Zukunft installiert werden?

Beim Ernst-Barlach-Museum ist ein Treppenlift für den barrierefreien Zugang zu den Ausstellungen geplant. - Gibt es hierfür Fördermittel, und plant die Verwaltung, diese zu beantragen?

Die Ernst-Barlach-Gesellschaft hat einen Nießbrauchvertrag für das Gebäude. Das heißt, dass die Stadt als Eigentümerin des Gebäudes für die Gebäudehülle und wesentliche technische Einrichtungen verantwortlich ist. Bei der Heizung handelt es sich um eine wesentliche Einrichtung des Gebäudes, welche ggfs. vom Eigentümer zu erneuern ist. Neue GEG konforme Heizung, auf jeden Fall mit erneuerbaren Energien. Die genaue Ausführung und Fördermöglichkeiten werden geprüft.

Der Treppenlift hingegen stellt eine freiwillige Verbesserung innerhalb des Gebäudes dar,

die nicht zur Erhaltung des Gebäudes beiträgt, so dass dieser vom Nießbrauchnehmer selbst zu tragen ist. Der Ansatz kann entfallen.

CDU: Museen - 6.000 € + 5.000 € für Inventar: Wofür werden diese Mittel jährlich benötigt? Wäre eine Reduzierung möglich?

Hierbei handelt es sich um einen pauschalen Ansatz. In Anbetracht der Rechnungsergebnisse ist eine Reduzierung hier nicht unmöglich.

• 2023:	0,00 €
• 2024:	423,62 €
• 2025:	600,00 €

24. 2630010 Musikschule:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2630010 Musikschule

25. 2710010 Volkshochschule:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2710010 VHS

SPD: Im Produkt 2710010 "P Volkshochschule" steigen die Steuerungsleistungen von '25 auf '26 um ca. 20%. Die Inanspruchnahme vom Gebäudemanagement ist in den Jahren '26 und '27 sehr hoch und sinkt anschließend. Wie begründen sich diese Schwankungen? (S. 484)

Die gesamten Steuerungsleistungen steigen von 2025 auf 2026 um 12,6%. Für die VHS steigen die Steuerungsleistung um 20,4%. Im Rahmen der Arbeitszeitverteilung wurden bei der VHS in 2026 insgesamt 445,45 Leistungsstunden berücksichtigt. In 2025 waren es nur 352,96 Leistungsstunden. Hinzu kommt die Steigerung der Steuerungsleistungen von 43.011 € in 2025 auf 47.789 € in 2026 je Vollzeitäquivalent. Somit kommt es zu einer Steigerung der Steuerungsleistungen von 426.400 € in 2025 auf 513.600 € in 2026.

Für die Inanspruchnahme Gebäudemanagement; siehe oben Nr. 11.

26. 2720010 Stadtbücherei:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 2720010 Stadtbuecherei

CDU: Seite 494 - Öffentlichkeitsarbeit der Stadtbücherei:

Soll der dargestellte Text inhaltlich in dieser Form beibehalten werden?

Woran ist der Landeszuschuss konkret geknüpft?

Ist die Annahme realistisch, dass die Bücherei kostentragender gestaltet werden kann?

Neben der Bereitstellung eines attraktiven Medienbestands hat der Landesverband Bibliotheken Schleswig-Holstein den Bibliotheken des Landes den Auftrag erteilt, sich stärker zu Orte des Aufenthalts und der Begegnung zu entwickeln. Die Fördermittel richten sich neben Ausleihen und aktiven Nutzenden auch nach Besuchenden und Veranstaltungen. Alle Kriterien erfordern umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit.

Die Landeszuschüsse sind geknüpft an:

Die Fördermittel des Landesverbandes Bibliotheken sh für Personalkosten-Zuschüsse werden anhand von Kennzahlen der einzelnen Bibliotheken verteilt (Wedel zurzeit jährlich 90.000 EUR). Sie sind an fünf Kriterien geknüpft.

1. Einzugsbereich: Es werden mit einbezogen die Einwohnerzahl der Sitzkommune, die aktiven Nutzenden innerhalb und außerhalb der Sitzkommune, wobei die aktiven Nutzenden außerhalb der Sitzkommune ein größeres Gewicht in der Formel erhalten.

2. Entleihungen aller physischen und digitalen Medien
3. Veranstaltungen, die von der Bibliothek organisiert oder in ihren Räumlichkeiten durchgeführt werden. Dazu zählen sowohl bildungsorientierte als auch kulturelle Angebote.
4. Öffnungsstunden: Alle Stunden pro Jahr, in denen die Bibliothek öffentlich zugänglich ist und qualifiziertes Personal Unterstützung bietet
5. Besuchende: es zählen alle Eintritte in die Bibliothek, unabhängig von der Nutzung (Ausleihe, Aufenthalt, Veranstaltung)

Eine Erhöhung der Fördermittel ist nicht zu erwarten.

SPD: Im Produkt 2720010 "P Stadtbücherei" sinken die Inanspruchnahmen des Gebäudemanagements in den Jahren '26 und '27 stark, steigen in '28 um dann in '29 und '30 wieder zu sinken. Wie begründen sich diese Schwankungen? (S. 494)

2025 war der Ersatz der Lüftungsanlage als Bauunterhaltungsmaßnahme eingeplant, diese Maßnahme wurde jedoch nicht umgesetzt. Dadurch war die Inanspruchnahme des Gebäudemanagement 2025 stark gestiegen. Für 2026 und 2027 sind reguläre Beträge geplant. Für 2028 sind verschiedene Sonderunterhaltungsmaßnahmen geplant, 2029 fallen die Beträge wieder auf das normale Niveau. Die Lüftungsanlage ist nunmehr für 2026 als Investition eingeplant (siehe unten).

Investitionsplan, Seite 122 - 272001702 Investitionen Stadtbücherei

FDP: Ersatzbeschaffung Lüftungsanlage? Verschieben auf 2027?

Der Austausch der Lüftungsanlage war ursprünglich für 2025 eingeplant. Die vorhandene Lüftungsanlage stammt aus der Zeit, als die Fläche der Bücherei als Supermarkt genutzt wurde. Die Anlagentechnik ist überaltet. Ersatzteile sind nicht mehr erhältlich. Die Leistung der Anlage ist für den Betrieb der Bücherei nicht ausreichend. Eine Verschiebung der Maßnahme hängt davon ab, ob die Anlagentechnik im Jahr 2026 ohne Ausfälle weiterläuft.

Grüne: Bei den Inventaranschaffungen > 1.000 € sind für das Jahr 2026 120.000 € angesetzt sowie in den Folgejahren jeweils 10.000 €. - Was wird mit den 120.000 € Investitionen angeschafft? - Ist eine Streckung der zwei großen Investitionen (Lüftungsanlage und Inventaranschaffung > 1.000 €) auf zwei Jahre möglich?

In den 120.000 € stecken regelmäßig wiederkehrende Investitionen von 10.000 € und 110.000 € für die Umrüstung der gesamten Beleuchtungsanlage auf LED. Dieser Ansatz wurde in der Haushaltsberatung 2025 um ein Jahr verschoben. Die Maßnahme wurde in 2025 umgesetzt (Kosten: ca. 25.000 €), Die 2026 für diese Maßnahme vorgesehenen Mittel können somit gestrichen werden.

27. 3154010 Hilfe für Wohnungslose:

Investitionsplan, Seite 123 - 315401707 Ersatzbau für UK Schulauer Str.:

FDP: Baut die Stadt mal wieder selbst analog Steinberg?

Nein. Das Objekt wird nicht analog zur Liegenschaft am Steinberg 8a gebaut.

WSI: Die WSI-Fraktion bittet die Verwaltung für den Neubau der Unterkunft Schulauer Straße zu überprüfen, ob bei einer Modulbauweise die Baukosten gesenkt werden können.

Eine Untersuchung, ob die Unterkunft in einer Modulbauweise errichtet werden kann, hat stattgefunden, mit dem Ergebnis, dass das Grundstück bedingt durch seine Lage und den vorhandenen Baumbestand nicht effizient für eine Aufstellung von modularen Fertigcontainern geeignet ist. Daher wurde entschieden, die Unterkunft in einer modularen Tafelbauweise zu errichten, um den vorhanden Platz effizient zu nutzen.

28. 3650010 Tageseinrichtungen für Kinder:

Grüne: Berichtszeile 11 (Konto: 5051100): Im Jahr 2024 wurden tatsächlich für die Pensionsrückstellungen 161.316,09 € abgerechnet. Das ist eine Differenz von rund 130.000 € im Vergleich zu den für die Jahre 2026/2027 veranschlagten Kosten. - Wie kommt die Differenz zustande?

Siehe auch Nr. 3. Für die Beamten müssen Pensionsrückstellungen gebildet werden. Die Versorgungsausgleichskasse (VAK) berechnet die tatsächliche Höhe sowohl im Ist, als auch für die Planung. Diese errechneten Beträge werden in die Jahresrechnung bzw. den Haushaltsplan übernommen. Der Gesamtbetrag wird entsprechend der Stundenzuordnung der Beamten zu den einzelnen Produkten verteilt.

In 2024 mussten überdurchschnittliche hohe Zuführungen zur Pensionsrückstellung verbucht werden. Daher sind die Ergebnisse in allen Produkten, in denen Beamte tätig sind, überdurchschnittlich hoch.

Für 2026 ff. wird Stand heute wieder mit einer Normalisierung der Zuführungsbeträge gerechnet.

Investitionsplan, Seite 124 - Investitionen Kindertagesstätten:

FDP: Investitionszuschuss Kita St. Marien Feldstraße: Das ist das Dach, oder? Ist es irreparabel?

Ja, der Investitionszuschuss ist für das Dach beantragt. Der Verwaltung liegt ein Gutachten vor, die dort ermittelten Kosten sind im Haushalt veranschlagt. Näheres zum weiteren Vorgehen wird zurzeit von Sachverständigen untersucht und nach Vorliegen der Ergebnisse bewertet.

29. 3650020 Schulkinderbetreuung/Ganztag:

Interne Leistungsverrechnung Steuerungsleistungen, siehe Anlage: ILV Steuerungsleistungen 3650020 Schulkinderbetreuung

SPD: Im Produkt 3650020 "P Schulkinderbetreuung/Ganztag" steigen die Inanspruchnahmen des Gebäudemanagements in '26 um 50% und sinken dann wieder etwas. Die Steuerungsleistungen steigen in '26 stark und verbleiben auf einem hohen Stand. Wie begründen sich diese Schwankungen? (S. 610)

Die Steigerung der Inanspruchnahmen des Gebäudemanagements begründen sich in gestiegenen Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung an den Schulen und an den Gebäuden, bzw. Gebäudeteilen, die die Schulkinderbetreuung nutzt.

Bei dem Produkt Schulkinderbetreuung/Ganztag kommt neben der oben beschriebenen Steigerung der Steuerungsleistungen je Vollzeitäquivalent noch die neue Aufteilung des Fachdienstes hinzu. Mit der Neugliederung erfolgte eine generelle Überarbeitung der Arbeitszeitanteile.

In 2025 wurden hier 1.479,39 Leistungsstunden bei der Arbeitszeitverteilung berücksichtigt, für 2026 wurden hier 1.847,78 Leistungsstunden angesetzt.

30. 3660050 Spielplätze:

FDP: trotz geplanter Reduzierung der Plätze, gleichbleibende Kosten zu 2025? 70.000€: Bitte Begründung was gemacht werden muss/wie erfolgte die Berechnung

Die Reduzierung der Kosten für die Spielplätze ist in der Haushaltssicherung 2028 vorgeschlagen worden. Der Beschlussstext wurde geändert und lautet nunmehr: „Vorgegebenes Budget, FD macht Vorschläge um es zu erreichen. Prüfung Umwandlung von Spielplätzen in Spielflächen. Für die Umsetzung ist ein Controlling zu etablieren.“

Der FD hat die Reduzierung der Zahl der Spielplätze vorgeschlagen, beschlossen wurde dieses nicht. Daher kann es keine Kostenreduzierung geben. In den Erläuterungen auf Seite 636

wird ausgeführt, dass für den Rückbau von 5 Spielplätzen 70.000 € zu veranschlagen sind.

31. 4240010 Sportstätten:

Investitionsplan, Seite 128 - 424001703 Investitionen Elbestadion:

FDP: Modernisierung Laufbahn, umlaufende Wege, Barriere: Das lässt sich wohl nicht mehr verschieben, oder?!?

Die Priorisierung dieser Maßnahme liegt bei höchster Stufe 1. Die Verkehrssicherung ist nicht mehr gegeben.

Grüne: Ersatzbeschaffung Hangmäher: Bei dieser Position stellt sich, wie im letzten Jahr, die Frage: - Muss ein Hangrasenmäher 15.000 € kosten, oder gibt es günstigere Alternativen?

Für jede Investition wird grundsätzlich die Notwendigkeit, Alternativen (z.B. Leasing) und die Kosten geprüft. Für Spezialgeräte gibt es oftmals keinen Leasinganbieter. Zudem sind Leasingverträge mit anschließender Kaufoption als kreditähnliches Rechtsgeschäft zu werten, welches ebenso wie die Kreditaufnahme für Investitionen durch die Kommunalaufsicht genehmigungspflichtig ist.

Aktuelle Marktbeobachtungen lassen den Preis als angemessen erscheinen. Die Beschaffung erfolgt über eine Ausschreibung.

Investitionsplan, Seite 128 - 424001703 Neubau Werkstatt und Garage:

Grüne: In diesem Bereich sind 50.000 € im Jahr 2026 und 550.000 € im Jahr 2027 angesetzt. - Warum liegen die Kosten insgesamt bei 600.000 € für eine Werkstatt und eine Garage?

Das bestehende Gebäude wird abgerissen, um Platz für die neu zu bauende UK Schulauer Straße 65 zu schaffen. Die vorhandenen Garagen stehen regelmäßig unter Wasser, mit der Folge, dass die abgestellten Geräte Schaden nehmen könnten. Es handelt sich hier um ein massives Gebäude inkl. Werkstatt und einer Garage, daher ist eine Baugenehmigung erforderlich. Die Planung erfolgt im Jahre 2026. Ausführung 2027. Maßnahme steht auch im Zusammenhang mit der Modernisierung der Laufbahn Elbstadion.

Investitionsplan, Seite 128 - 424001704 Investitionen Freizeitpark:

Grüne: Umbau östlicher Tennenplatz: Wie soll der Tennenplatz umgebaut werden? Sind umweltfreundliche Sportplatzbeläge geplant? Siehe Gegenüberstellung verschiedener Sportplatzbeläge“ (MV/2019/068, Mußmann).

Mit der Beschlussvorlage BV/2018/039 wurde beschlossen, den Tennenplatz als Kunstrasenplatz umzubauen. Der Beschluss wurde nicht aufgehoben. Es wird im Zuge der Planung geprüft, ob man auf Bio-Kunstrasen ausweichen kann. Hierbei werden biobasierte Polymere anstelle von erdölbasierten verwendet, um eine nachhaltigere Variante zu schaffen.

FDP: Erneuerung des Kunstrasenbelages: Das ist das Thema „Kork“, oder?

Grüne: Erneuerung des Kunstrasenbelages: Was genau soll gemacht werden? Wird ein umweltfreundlicher Sportplatzbelag als Ersatz für den Kunstrasen geprüft?

Der Belag auf dem Kunstrasenplatz muss erneuert werden. Das ist nach etwa 15 Jahren notwendig. 2013 wurde er gebaut, somit ist er 2028 abgenutzt. Da es sich lediglich um eine Sandverfüllung handelt, ist auch kein schädliches Gummigranulat enthalten. Der Rasenteppich soll gleichartig ersetzt werden. Gekräuselte Struktur, sandverfüllt. Dafür beantragen wir keine Förderung (für das laufende Programm sind die Kosten zu niedrig).

32. 4240020 Kombibad:

CDU: Konto 4615000 (Zinserträge verbundene Unternehmen): Ab dem Jahr 2026 sind hier Zinserträge veranschlagt. Können Sie erläutern, worauf diese beruhen? Wir vermuten einen

Zusammenhang mit den geplanten Investitionen.

In den Haushalt eingestellt sind die Zahlungen der Kombibad Wedel GmbH für die von der Stadt durchgereichten Investitionskredite. Diese werden im städtischen Haushalt als Zinserträge durch die Ausleihung verbucht.

Investitionsplan, Seite 129 - Investition Kombibad:

FDP: Sind die Kosten realistisch?

Nach heutiger Kenntnis sind die Kosten, siehe auch BV/2025/105, realistisch. Auf dieser Basis wurde der Fördermittelantrag zwischenzeitlich im Rahmen des Förderprogramms "Sanierung kommunaler Sportstätten 2025/2026" beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) online gestellt.

33. 5410010 Gemeindestraßen:

Investitionen Straßenbau allgemein:

SPD: Im Bereich der Gemeindestraßen sind auf Seite 727 in Zeile 34 + 35 im Vergleich zu 2026 höhere Investitionen für 2027 vorgesehen. Die Zusammensetzung der Investitionen ist unklar.

a) Für die kommenden Jahre (Seite 727 bis 733) sind teilweise erhebliche Summen für den Straßenbau aufgeführt. Hierbei handelt es sich offenbar um Gesamtkosten, die für das gesamte Bauprojekt anfallen werden und die rein prophylaktisch veranschlagt wurden. Es werden dabei dabei deshalb auch Straßen aufgeführt, für die es bisher keine abschließende Entscheidung über eine Ausbauvariante gibt, die im Fachausschuss abgelehnt oder dort überhaupt noch nicht vorgestellt wurden. Auf welcher Planungsgrundlage erfolgt die Schätzung für die folgenden Bauvorhaben?

Die Auflistung der einzelnen Investitionstätigkeiten erfolgt ab S. 729 im Finanzplan oder im Investitionsplan ab S. 130 für die Gemeindestraßen mit jeweils eigenen Leistungsnummern.

Im Investitionsplan werden die im Bereich des Straßenbaus notwendigen Straßenbauprojekte für die Folgejahre vorgeplant. Hierbei werden für die einzelnen Maßnahmen jeweils die Quadratmeter Straßenflächen mit 250 € multipliziert. Die dazugehörigen Planungskosten für externe Büros, Bodengutachten und Vermessung werden den Baukosten vorangestellt. Erst wenn die Planungskosten genehmigt werden, wird das jeweiligen Projekt umgesetzt.

Nach den vom Rat am 22.01.2007 beschlossenen „Richtlinien der Stadt Wedel über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Planung von Straßenbauvorhaben“ legt die Verwaltung dem UBF eine Planung vor, die dann geändert, ergänzt oder zur Öffentlichkeitsbeteiligung freigegeben wird.

Investitionsplan, Seite 130: Maßnahme 541001705 Mobilitätskonzept Radschnellweg Auweidenweg:

Grüne: Früherer Baustart gewünscht - Berücksichtigung im HH 2026/2027. Sind Fördergelder eingeplant worden? Besteht eine Kooperation mit Hamburg bzgl. Der Veloroute 1?

Die Maßnahme ist aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht nicht erforderlich. Weiteres: siehe auch. BV/2019/123 bzw. BV/2019/124.

Investitionsplan, Seite 130: Maßnahme 541001708 Ausbau Tinsdaler Weg:

FDP: was soll/kann für diesen Betrag alles gemacht werden?

Grüne: Für diese Maßnahme gibt es aktuell keinen Baubeschluss. Wie ist die Planung der Verwaltung, um zu einem Variantenbeschluss zu kommen? Welche Fördergelder wären zu erwarten bei einem radfreundlichen Ausbau?

SPD: Tinsdaler Weg, Breiter Weg, (noch keine Variante beschlossen)

Im Bereich Tinsdaler Weg liegen bereits Planungen vor. Eine Freigabe durch den UBF ist noch

nicht erfolgt.

Mit Bereitstellung weiterer Planungsmittel soll die Vorplanung (Ausbauvarianten) angepasst und erneut vorgestellt werden. Weiteres: siehe auch BV/2024/001.

Investitionsplan, Seite 130: Maßnahme 541001711 Grundinstandsetzung
Roggenhof/Schloßkamp:

FDP: Was muss da gemacht werden?

Grüne: Welche Fördergelder wären zu erwarten bei einem radfreundlichen Ausbau? An dieser Stelle wäre evtl. eine Fahrradstraße einzurichten. Wie prioritär ist diese Maßnahme? Die Straße ist verkehrlich unbedeutend.

SPD: Wann wurden die Projekte Roggenhof Schlosskamp, Beksberg/Am Hang/In der Krüm, Kronskamp, An der Au, Birkenweg, Enbargweg/Mittelweg beschlossen, oder wurden sie ebenfalls nur vorsorglich eingestellt?

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Die Fahrbahn im Roggenhof hat keine Deckschicht und die Nebenflächen sind unbefestigt. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

Investitionsplan, Seite 131: Maßnahme 541001725 Ausbau Beksberg/Am Hang/In de Krümm:

Grüne: Was ist da zu tun? Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Priorität bzw. Verschiebung möglich? Die Straße ist verkehrlich unbedeutend.

SPD: Wann wurden die Projekte Roggenhof Schlosskamp, Beksberg/Am Hang/In der Krüm, Kronskamp, An der Au, Birkenweg, Enbargweg/Mittelweg beschlossen, oder wurden sie ebenfalls nur vorsorglich eingestellt?

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

Investitionsplan, Seite 131: Maßnahme 541001726 Ausbau Kronskamp (komplett):

CDU: Stand der Planungen? Zeit- und Kostenplan?

FDP: Bedeutung von komplett erklären/ist die Kostenberechnung ausreichend?

Grüne: Was ist da zu tun? Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Priorität bzw. Verschiebung möglich? Welche Fördergelder wären zu erwarten bei einem radfreundlichen Ausbau?

SPD: Wann wurden die Projekte Roggenhof Schlosskamp, Beksberg/Am Hang/In der Krüm, Kronskamp, An der Au, Birkenweg, Enbargweg/Mittelweg beschlossen, oder wurden sie ebenfalls nur vorsorglich eingestellt?

Mit „komplett ist die gesamte Länge des Kronskamp von der Rudolf-Breitscheid-Straße über Voßhagen bis zur Industriestraße gemeint.“

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

Investitionsplan 2016-2018: Maßnahme 541001727 Ausbau An der Au:

SPD: Wann wurden die Projekte Roggenhof Schlosskamp, Beksberg/Am Hang/In der Krüm, Kronskamp, An der Au, Birkenweg, Enbargweg/Mittelweg beschlossen, oder wurden sie ebenfalls nur vorsorglich eingestellt?

Die Investitionsmaßnahme war in den Jahren 2016 - 2018 im Haushaltsplan enthalten. Im Jahr 2019 wurde die Maßnahme abgeschlossen, d.h. sie ist beendet.

Investitionsplan, Seite 132: Maßnahme 541001733 Ausbau Im Winkel:

Grüne: Was ist da zu tun? Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Priorität bzw. Verschiebung möglich? Welche Fördergelder wären zu erwarten bei einem radfreundlichen Ausbau?

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

Investitionsplan, Seite 132: Maßnahme 541001734 Ausbau Birkenweg:

Grüne: Was ist da zu tun? Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Priorität bzw. Verschiebung möglich? Welche Fördergelder wären zu erwarten bei einem radfreundlichen Ausbau?

SPD: Wann wurden die Projekte Roggenhof Schlosskamp, Beksberg/Am Hang/In der Krüm, Kronskamp, An der Au, Birkenweg, Enbargweg/Mittelweg beschlossen, oder wurden sie ebenfalls nur vorsorglich eingestellt ?

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

Investitionsplan, Seite 132: Maßnahme 541001735 Ausbau Ennbargweg/Mittelweg:

SPD: Wann wurden die Projekte Roggenhof Schlosskamp, Beksberg/Am Hang/In der Krüm, Kronskamp, An der Au, Birkenweg, Enbargweg/Mittelweg beschlossen, oder wurden sie ebenfalls nur vorsorglich eingestellt ?

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

Investitionsplan, Seite 132: Maßnahme 541001743 Sanierung Adalbert-Stifter-Straße:

FDP: können die Kosten auf 4 Jahre gesplittet werden ?/ Die hatten wir bei der Strategieberatung zurückgestellt!

Der Ausbaubeschluss (Bauprogramm) liegt vor. Beschluss erfolgte nach Abwägung der Anliegerbeteiligung. Die Notwendigkeit der Baumaßnahme wurde ausführlich beschrieben (siehe auch BV/2024/025). Die Bauarbeiten werden mit Arbeiten der Stadtwerke Wedel GmbH koordiniert.

Investitionsplan, Seite 132: Maßnahme 541001747 Ausbau Breiter Weg:

FDP: können die Kosten auf 2026 höher angesetzt werden? Was kann für 50.000,00 € gemacht werden? Sind das Planungskosten? / zzgl 3.700 T€ in den Ffolgejahren. Wir hatten das zurückgestellt/abgelehnt!

Grüne: Hierzu liegt kein Beschluss vor. Wird die Einbahnstraßenregelung vor der Moorwegschule berücksichtigt? Wird der aktuelle Bauplan geändert, denn dieser ist bislang im UBF abgelehnt worden (Bäume erhalten, sichere Fahrradspur etc.)?

SPD: Tinsdaler Weg, Breiter Weg, (noch keine Variante beschlossen)

Im Bereich Tinsdaler Weg liegen bereits Planungen vor. Eine Freigabe durch den UBF ist noch nicht erfolgt.

Mit Bereitstellung weiterer Planungsmittel soll der Ausbauentwurf (Bauprogramm) angepasst und erneut vorgestellt werden. Ein Ausbau mit Baumerhalt ist nicht umsetzbar. Weiteres: siehe auch BV/2023/140 und MV/2025/027.

Investitionsplan, Seite 133: Maßnahme 541001761 S-Kurve (Breiter Weg/Autal):

Grüne: Hierzu liegt kein Beschluss vor. Wird die Einbahnstraßenregelung vor der Moorwegschule berücksichtigt? Wird der aktuelle Bauplan geändert, denn dieser ist bislang im UBF abgelehnt worden (Bäume erhalten, sichere Fahrradspur etc.)?

SPD: S-Kurve Pinneberger Straße/Breiter Weg/Autal (einstimmig abgelehnt.)

Mit Bereitstellung weiterer Planungsmittel soll die Vorplanung angepasst und erneut vorgestellt werden. Der Ausbau der S-Kurve ist im B-Plan 57 "Op'n Klint" begründet. Die Einmündung wurde 2009 provisorisch umgebaut und mit einer LSA versehen. Weiteres: siehe auch BV/2024/057 (Umbau zur Verbesserung des Fußgänger- und Radfahrverkehrs / Schulweg) und Begleitbeschluss des Rates zu "Wedel Nord" vom 25.11.2021.

34. 5460010 Parkplätze und Parkbauten:

WSI: Seite 764: Auszahlung Sach- und Dienstleistungen. Warum ist der Ansatz in 2026 so hoch?

Im Produkt Parkplätze und Parkbauten sind für 2026 zusätzlich 500.000 € für die Sicherungsmaßnahmen an der P+R-Anlage eingeplant. Diese sind notwendig, um die Anlage zu sichern, bis entschieden ist, wie es mit der Anlage grundsätzlich weitergehen soll.

Übersicht Investitionsmaßnahmen, Seite 767: 546001704- P+R-Anlage:

CDU: Vorlage des Schadensgutachtens?

Grüne: Warum gibt es keinen Investitionsansatz in der Planung?

Ein Variantenvergleich liegt grundsätzlich vor (siehe auch MV/2024/067) - wird bzgl. Anforderungsprofil angepasst. Weitergehende Planungen erst nach politischem Beschluss (Variante) möglich. ÖPP - siehe oben Erläuterung. Schadensgutachten ist in Arbeit (Zwischenbericht liegt vor). Investitionsansatz kann erst zum Haushalt angemeldet werden, wenn eine abgestimmte Planung (Entwurf) vorliegt.

Investitionsplan, Seite 135: 546001707 Ausbau Parkplatz Spitzerdorfstraße (Schulauer Markt):

FDP: Was muss da gemacht werden?

Grüne: Was ist da zu tun? Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen?

SPD: Ist der Ausbau des Parkplatzes Spitzerdorfstraße vorgesehen und wurde dieser bereits genehmigt ? (Seite 767)

Die Maßnahme wird aus baufachlicher und verkehrstechnischer Sicht als zeitnah erforderlich gesehen. Die Gesamtfläche (Asphalt, Pflaster) weist starke Schäden auf. Parkstände (Markierungen) sind nicht mehr erkennbar. Nach Erarbeitung der Vorplanung können weitere Details besprochen / abgestimmt werden.

35. 5520010 Wasserläufe, Wasserbau:

Investitionsplan, Seite 136/137: 552001703 Sanierung Flutschutztore:

Grüne: Welche Flutschutztore sind betroffen? Was ist da zu tun? Welche Maßnahme verbirgt sich hinter diesen Ansatz?

Der Drehobel (Schiene quer zur Straße zur Schließung des Flutschutztors) in der Parnaßstraße ist zu erneuern, da er schadhaft ist. Die Dichtigkeit und Verkehrssicherheit ist nicht mehr gegeben.

36. 5730010 Bauhof:

Investitionsplan, Seite 136: Investitionen Bauhof, Umbau / Erneuerung Sanitär- u. Sozialtrakt:

FDP: Das Thema Verlegung des Bauhofs ist nicht mehr aktuell, oder?

Grüne: Welche Maßnahmen verbergen sich hinter diesen Ansätzen? Wäre mit der Umsetzung die Standortdiskussion definitiv beendet? Alternative Standorte wurden nach unserer

Kenntnis geprüft, wie ist der aktuelle Stand?

Standortprüfung Bauhof:

Der städtische Bauhof auf dem Grundstück Autal 39 verfügt über eine Gesamtfläche von 6.300 m². Diese Flächen verteilen sich auf verschiedene Gebäude, wie Garagen und Werkstätten, Lager für Materialien und Maschinen sowie Büros und ein Sanitär- und Sozialtrakt. Die Gebäude stammen aus unterschiedlichen Baujahren.

Im Rahmen diverser Konsolidierungsmaßnahmen wurde bereits mehrfach geprüft, ob der Bauhof mit dem Werkhof der Stadtwerke Wedel GmbH zusammengelegt werden könnte (siehe auch MV/2008/010).

Im Zuge der Planungen zum Neubau des Werkhofes der Stadtwerke Wedel GmbH wurde zuletzt im März 2025 bestätigt, dass der Bauhof auf dem Gelände nicht mit untergebracht werden kann.

Der FD Grundstücke und Steuern hat mitgeteilt, dass folgende Grundstücke möglich wären:

- Ca. 6.000 m² Festwiese / ohne Planungsrecht;
- Ca. 8.300 m² Fläche Feuerwehr /nach Umzug in eine neue Feuerwache;
- Elbring - Flächen mit Planungsrecht verfügbar, jedoch für die Ansiedlung neuer Unternehmen vorbehalten.

Die Salzhalle des Bauhofes musste gesperrt werden, da sie einsturzgefährdet war. Sie wurde nach Abriss im Jahr 2020 durch einen neuen Garagenbau inkl. Lagerflächen ersetzt. Gleichzeitig wurden ab 2023 wieder Mittel in den Haushalt für die Sanierung des Sanitärtraktes eingestellt. Die Maßnahme wurde bis heute mangels notwendiger Mittel verschoben.

Auch die Außenflächen wurden in Teilen neu organisiert (z.B. Solefässer statt Salzhalle, überdachte Garagenplätze und Lagerflächen), so dass ein Standortwechsel inkl. eines „neuen“ Bauhofes an anderer Stelle erhebliche Kosten verursachen würde

Sanitär- und Sozialtrakt:

Für die Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur zukünftigen Organisationsstruktur und Standortfrage des Bauhofes ist zu prüfen, ob dies durch den Fachdienst Interner Dienstbetrieb (Organisation) erfolgen kann oder durch eine externe Beauftragung. Dafür wären ggf. zusätzlich Haushaltsmittel zu berücksichtigen.

Die im Investitionsplan für 2026 und 2027 eingestellten Mittel sind Verpflichtungsermächtigungen aus 2025, die bereits mit dem Haushalt 2025 bereitgestellt wurden.

Aufgrund der Notwendigkeit zur Sanierung des Sanitär- und Sozialtraktes im Rahmen des Arbeitsschutzes (Bericht der Unfallkasse liegt den Mitgliedern des UBF als vertrauliche Unterlage bereits vor - Mail vom 08.10.2024) wurde vom FD 2-10 am 28.11.2025 ein Teilnahmewettbewerb mit anschließender Verhandlungsvergabe für die Objektplanung (Leistungsphasen 1 und 2) ausgeschrieben. Es wurden bereits Planer ausgewählt, die zur Angebotsabgabe gebeten worden sind. Die Auswertung und Vorstellung der Büros ist für Anfang 2026 terminiert. Damit soll auch gegenüber der Unfallkasse dokumentiert werden, dass die Stadt Wedel der Pflicht zur Beseitigung der festgestellten Mängel nachkommt

2026 soll die Planung bis zur LPH 7 erfolgen. Die Ausführung der Baumaßnahme soll 2027 erfolgen. Der Bauhof der Stadt Wedel soll einen neuen Sanitär- und Sozialtrakt mit Umkleiden, sanitären Anlagen, Wasch- und Duschgelegenheiten, ein Sanitärraum, ein Putzmittelraum mit dazugehöriger Lagerfläche sowie ein Aufenthaltsraum und ein barrierefreies WC untergebracht werden. Damit werden die Anforderungen der UK Nord erfüllt.

Investitionsplan, Seite 137-139: Investitionen Bauhof, Ersatz- bzw. Neubeschaffung div. Fahrzeuge und Geräte:

FDP: Müssen innerhalb von 2 Jahren so viele Fahrzeuge ersetzt werden?

Grüne: Bitte aussagekräftige Übersicht aller Fahrzeuge des Bauhofs:

Wie ist der Zustand des Fahrzeugparks insgesamt? Müssen Fahrzeuge zwingend zeitnah ersetzt werden? Gibt es eine Pflicht zur Beschaffung zum jetzigen Zeitpunkt? Nach welchen Kriterien erfolgt die Neubeschaffung (Abschreibung)? Werden bei den Neuanschaffungen bzw. dem Ersatz die Kriterien der umweltfreundlichen Beschaffung berücksichtigt, z.B. E-Pritschenwagen etc.?

Müssten für den Einsatz von E-Fahrzeugen nicht investive Mittel für eine Ladeinfrastruktur eingeplant werden?

Für welche Fahrzeuge ist Leasing sinnvoll?

Vor der Anschaffung von Ersatz- oder Neufahrzeugen erfolgt eine Prüfung der Notwendigkeit, der Einsatzmöglichkeiten und die Abwägung zwischen Kauf bzw. Miete oder Leasing. Außerdem sind die Anschaffungs- und Unterhaltungskosten Bestandteil der Prüfung. Dabei sind die gesetzlichen Grundlagen, wie z.B. das Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge einzuhalten. Danach sind Nutzfahrzeuge auf emissionsarme oder alternative Antriebe nach bestimmten Quoten umzustellen. Der Bauhof verfügt z.Zt. über eine Pritsche im Bereich der Grünpflege mit E-Antrieb.

Beim Leasing oder Mieten von Fahrzeugen entstehen oft geringere Anschaffungskosten, aber über die Laufzeit hinweg meist höhere Gesamtkosten durch Leasinggebühren, Zinsen und Nachzahlungen am Ende. Dazu kann es Beschränkungen bei Anbauteilen (z.B. Kran auf Pritschen) geben, da einige Fahrzeuge eine individuelle Anpassung für ihren Einsatzbereich benötigen, wie z.B. Winterdienst, Straßen- und Wegeunterhaltung und Straßenreinigung. Zusätzlich kann es zu Arbeitsunterbrechungen durch Wartungsverträge, Serviceintervalle und Werkstätten, die sich nicht in Wedel befinden, kommen.

WSI: Sind alle Fahrzeuge, die neu beschafft werden sollen, abgeschrieben?

Ja, sie sind alle abgeschrieben und auch schon länger als 8 Jahre im Einsatz.

WSI: Sind alle Fahrzeuge einsatzfähig?

Auf Grund der Belastung und des Alters werden die Unterhaltungskosten und Ausfallzeitraum größer und stehen nicht dauerhaft zur Verfügung.

WSI: Mit wie vielen Betriebsstunden werden die Fahrzeuge jährlich berechnet?

Die Pritschen können in Betriebsstunden nicht berechnet werden. Die LKW mit Ladekran haben beide keinen Stundenzähler. Die Traktoren werden mit mindestens 600 Stunden gerechnet. Eine genaue Schätzung ist nicht möglich.

WSI: Ist die Einsatzfähigkeit des Bauhofs auch gewährleistet, wenn nicht alle beantragten Fahrzeuge angeschafft werden könne?

Die Einsatzfähigkeit ist nicht vollständig gewährleistet. Einige Fahrzeugsatzbeschaffungen wurden in der Vergangenheit für den Gesamthaushalt im Investitionsplan nach hinten verschoben. Auch die jetzt vorhandenen Verpflichtungsermächtigungen resultieren aus den Verschiebungen, da sie bereits in 2025 ersetzt werden sollten. Das Aufschieben von Beschaffungen führt dann in den Folgejahren zu erhöhten Investitionsmitteln, um dies aufzuholen. Fehlende Fahrzeuge können im schlimmsten Fall zum Ausfall von Leistungserbringungen führen.

37. 5730040 wedel.de:

Grüne: Warum gibt es hier keine Einnahmen mehr? Es wurde mitgeteilt, dass die politischen Parteien sich bis zur Freischaltung der neuen Plattform „Moin Wedel“ weiterhin präsentieren könnten.

Ab dem 01.01.2026 gibt es keine kommerzielle Nutzung über „wedel.de“ mehr, daher entfallen die Erträge. Vereine und Verbände werden übergangsweise weiter dargestellt, bis

Wedel Marketing dafür eine Lösung hat.

Ab 2026 keine Abschreibungen mehr? Ist kein Anlagevermögen mehr vorhanden oder wurde tatsächlich alles bis Ende 2025 abgeschrieben?

Die Abschreibungen beruhten auf dem, im Jahr 2020 durchgeführten Relaunch des Internetauftritts. Dieser wurde mit einer Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben und weist Ende 2025 lediglich noch einen Erinnerungswert von 1 € aus. Andere Anlagegüter sind dem Produkt „wedel.de“ nicht zugeordnet, so dass ab 2026 Stand jetzt, keine Abschreibungen mehr anfallen.

38. **5730090 Sparkasse - (CDU):**

Austausch zur AT1-Anleihe: Laut Konsolidierungsliste sollte es zu den Zinszahlungen der AT1-Anleihe einen Austausch mit der Stadtsparkasse geben. Hat dieser Austausch stattgefunden und wenn ja:

- zu welchem Ergebnis ist man gekommen?
- werden die im Haushalt eingeplanten 600.000 € im kommenden Jahrtatsächlich erwartet?

2025 hat es eine Ausschüttung gegeben. Derzeit gibt es keine Erkenntnisse, dass seitens der Stadtsparkasse in den Jahren 2026 und 2027 auf die Zinszahlung verzichtet wird.

39. **6110010 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen (Grüne):**

Steuererträge: In der Beschlussvorlage zum Haushalt 2026/2027 wird unter Pkt. 1.5.1 erläutert:

„Zum wiederholten Mal verschlechtern sich die Steuererträge damit deutlich. Hier muss in absehbarer Zeit sowohl bei den Gewerbesteuererträgen als auch bei den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer eine Trendumkehr erfolgen. So sind bspw. Trotz steigender Einwohnerzahl die Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer in den letzten 20 Jahren um ca. 12 % zurückgegangen. Ähnlich verhält es sich bei den Anteilen an der Umsatzsteuer.“

- Welche Möglichkeiten hat die Stadt Wedel, Einfluss auf die Verteilung der Einkommens- und Umsatzsteuer zu nehmen?
- Wurden in diesem Zusammenhang bereits Maßnahmen ergriffen?

Auf die Verteilungsschlüssel für die Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer hat die Stadt nur einen indirekten Einfluss. Die Höhe des Anteils der Einkommenssteuer hängt wesentlich an der Einkommenskraft der Einwohnerschaft. Dazu ein Beispiel:

- Wedel: Einwohner: 34.912; Schlüsselzahl: 0,0130930; Anteil ESt. 24.968.300 €, bzw. 715,18 €/Einw.
- Ahrensburg: Einwohner: 34.534; Schlüsselzahl: 0,0151641; Anteil ESt. 28.917.900€, bzw. 837,37 €/Einw.

Hätten die Wedeler Einwohner/innen eine mit Ahrensburg vergleichbare Einkommenskraft, würde Wedel 2026 einen Einkommenssteueranteil von 29.234.200 €, mithin 4.265.900 €, mehr bekommen.

Gem. § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes (GemFinRefG) wird im Wesentlichen die Summe der veranlagten Einkommenssteuer der Einwohnerschaft zu Grunde gelegt. Dabei gibt es eine Kappungsgrenze von 40.000/80.000 ledig/verheiratet, was dazu führt, dass eine gewisse Nivellierung der Einkommenssteueranteile der einzelnen Gemeinden erreicht wird.

Insgesamt hängen die Einnahmen der Gemeinden aus ihrem Einkommensteueranteil von der Einwohnerzahl, der Einkommensstruktur der Einwohner/innen und der gesamtwirtschaftlichen Situation (z. B. Schmälerung der Bemessungsgrundlage durch

Arbeitslosigkeit, Rentenbezug o.Ä.) ab.

Die in der Vergangenheit zu beobachtende Verringerung des Anteils an der Einkommensteuer für Wedel kann grundsätzlich auf zwei mögliche Hauptursachen zurückgeführt werden:

Das zu versteuernde Einkommen der Wedeler/innen hat sich im Vergleich zum Landesdurchschnitt verringert oder/und

die Zahl der Einkommenssteuerpflichtigen hat sich im Verhältnis zur Gesamteinwohnerschaft verringert.

Dieser Prozess ist seit etwa 2005 zu beobachten. Eine Überschlägige Auswertung deutet daraufhin, dass Wedel vom 60. Perzentil 2013 auf das 40. Perzentil 2021 abgerutscht ist.

D.h. 2013 hatten 60% der Einwohnenden Schleswig-Holsteins ein niedrigeres zu versteuerndes Einkommen als die Einwohnenden Wedels. 2021 waren es nur 40%.

Nach der Dokumentation des Bundesfinanzministeriums zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in der Gemeindefinanzreform kann die Gemeinde durch zielgerichtete Aktivitäten versuchen, insbesondere besserverdienende Einwohner anzuziehen, um ihre Einnahmen aus dem Einkommensteueranteil zu erhöhen.

Die konkreten Gründe für die Entwicklung der vergangenen Jahre müssen zunächst analysiert werden. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sind ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung zu entwickeln.

40. 6120010 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (CDU):

Konto 5517110 Zinsaufwendungen für Kassenkredite: Die Zinsaufwendungen für Kassenkredite bleiben im Haushaltsentwurf für 2026 ff. auf dem Niveau von 2025 (2 Mio. €), obwohl absehbar ist, dass der Aufwand aufgrund steigender Inanspruchnahmen und ggf. Zinsentwicklungen höher ausfallen dürfte. Wie ist diese Planung zu erklären?

Die tatsächliche Höhe der Zinsaufwendungen für Kassenkredite ist von drei Faktoren abhängig:

1. Tatsächliche Höhe der aufgenommenen Kassenkredite;
2. Zinsen zu dem die Kassenkredite aufgenommen werden konnten und
3. Dauer der Inanspruchnahme der Kassenkredite.

Im Jahr 2024 waren Zinsaufwendungen in Höhe von 905.032,94 € zu verbuchen. 2025 hat sich dieser Betrag auf 1.029.779,84 € erhöht. In der Gesamtwürdigung der genannten Parameter wird davon ausgegangen, dass der eingeplante Betrag 2026 und 2027 auskömmlich sein wird.

Zusätzlich bitten wir um eine grafische Darstellung der Inanspruchnahme der Kassenkredite im Jahr 2025, einschließlich der Spitzenwerte im Jahresverlauf. Aus der Darstellung sollte ersichtlich sein,

- wie sich die Inanspruchnahme im Jahresverlauf entwickelt hat,
- welche Spitzenwerte erreicht wurden und
- zu welchen Zeitpunkten diese Spitzen auftraten.

Eine aussagekräftige grafische Darstellung der in Anspruch genommenen Kassenkredite ist mit Excel nicht so ohne weiteres möglich. Der in der Anlage „Buchungen Kassenkredite 2025.pdf“ zeigt sehr genau den Verlauf des Kassenkreditbestandes im Haushaltsjahr 2025. Ausgehend von einem Kassenkreditbestand von 24.000.000 € am 01.01.2025 kam es zu einer Spurze in Höhe von 56.000.000 € am 15.08. Am 31.12.2025 haben die Kassenkredite 26.000.000 € betragen.

Steuerungsleistungen für Altstadtschule

2110010

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	1.536,72
1110001100	Bürgermeister	1.367,10
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	436,62
1110001300	Leitungsteam	3.022,39
1110002100	Stadtmarketing	459,29
1110100100	Personalvertretung	496,49
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	1.143,65
1110120100	Gleichstellungsarbeit	265,07
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	1.616,40
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	1.916,82
1110200200	Stadtarchiv	365,02
1110200300	Materialbewirtschaftung	115,14
1110200400	Interne Dienstleistungen	723,03
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	209,76
1110200600	Druckerei	188,64
1110201100	Betrieb IT-System	9.304,42
1110202100	Rathausinformation	961,32
1110210100	Personalmanagement	7.341,50
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	2.995,89
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	915,68
1110210400	Altersteilzeit	344,18
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	1.653,08
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	2.014,15
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	1.150,03
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	2.094,25
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	895,54
1110300200	Fuhrpark	129,58
1110300301	Inventarbeschaffungen	47,11
1110320101	Submission (3-20)	100,90
1110320102	Vergabewesen (2-60)	393,15
	GESAMT	44.202,93

Steuerungsleistungen für Albert-Schweizer-Schule

2110020

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	36.000,03
1110001100	Bürgermeister	32.026,40
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	10.228,45
1110001300	Leitungsteam	70.804,11
1110002100	Stadtmarketing	10.759,59
1110100100	Personalvertretung	11.631,07
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	26.791,82
1110120100	Gleichstellungsarbeit	6.209,66
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	37.866,50
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	44.904,36
1110200200	Stadtarchiv	8.551,06
1110200300	Materialbewirtschaftung	2.697,24
1110200400	Interne Dienstleistungen	16.938,17
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	4.914,02
1110200600	Druckerei	4.419,23
1110201100	Betrieb IT-System	217.970,18
1110202100	Rathausinformation	22.520,45
1110210100	Personalmanagement	171.985,65
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	70.183,19
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	21.451,22
1110210400	Altersteilzeit	8.063,02
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	38.725,82
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	47.184,42
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	26.941,23
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	49.060,99
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	20.979,35
1110300200	Fuhrpark	3.035,52
1110300301	Inventarbeschaffungen	1.103,65
1110320101	Submission (3-20)	2.363,63
1110320102	Vergabewesen (2-60)	9.210,13
		GESAMT
		1.035.520,18

Steuerungsleistungen für Moorwegschule

2110030

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	3.110,15
1110001100	Bürgermeister	2.766,86
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	883,67
1110001300	Leitungsteam	6.116,98
1110002100	Stadtmarketing	929,55
1110100100	Personalvertretung	1.004,84
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	2.314,62
1110120100	Gleichstellungsarbeit	536,47
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	3.271,40
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	3.879,42
1110200200	Stadtarchiv	738,75
1110200300	Materialbewirtschaftung	233,02
1110200400	Interne Dienstleistungen	1.463,34
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	424,54
1110200600	Druckerei	381,79
1110201100	Betrieb IT-System	18.831,09
1110202100	Rathausinformation	1.945,61
1110210100	Personalmanagement	14.858,35
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	6.063,33
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	1.853,23
1110210400	Altersteilzeit	696,59
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	3.345,64
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	4.076,40
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	2.327,53
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	4.238,52
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	1.812,47
1110300200	Fuhrpark	262,25
1110300301	Inventarbeschaffungen	95,35
1110320101	Submission (3-20)	204,20
1110320102	Vergabewesen (2-60)	795,69
		GESAMT
		89.461,65

Steuerungsleistungen für Johann-Rist-Gymnasium**2170010****Haushaltsjahr 2026**

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	5.035,14
1110001100	Bürgermeister	4.479,37
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	1.430,60
1110001300	Leitungsteam	9.903,01
1110002100	Stadtmarketing	1.504,89
1110100100	Personalvertretung	1.626,78
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	3.747,24
1110120100	Gleichstellungsarbeit	868,51
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	5.296,20
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	6.280,55
1110200200	Stadtarchiv	1.195,99
1110200300	Materialbewirtschaftung	377,25
1110200400	Interne Dienstleistungen	2.369,06
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	687,30
1110200600	Druckerei	618,10
1110201100	Betrieb IT-System	30.486,39
1110202100	Rathausinformation	3.149,82
1110210100	Personalmanagement	24.054,76
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	9.816,17
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	3.000,27
1110210400	Altersteilzeit	1.127,73
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	5.416,39
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	6.599,45
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	3.768,13
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	6.861,91
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	2.934,28
1110300200	Fuhrpark	424,56
1110300301	Inventarbeschaffungen	154,36
1110320101	Submission (3-20)	330,59
1110320102	Vergabewesen (2-60)	1.288,17
	GESAMT	144.832,97

Steuerungsleistungen für Gebrüder-Humboldt-Schule

2180010

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	4.461,58
1110001100	Bürgermeister	3.969,12
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	1.267,64
1110001300	Leitungsteam	8.774,94
1110002100	Stadtmarketing	1.333,47
1110100100	Personalvertretung	1.441,47
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	3.320,38
1110120100	Gleichstellungsarbeit	769,58
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	4.692,90
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	5.565,12
1110200200	Stadtarchiv	1.059,76
1110200300	Materialbewirtschaftung	334,28
1110200400	Interne Dienstleistungen	2.099,19
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	609,01
1110200600	Druckerei	547,69
1110201100	Betrieb IT-System	27.013,63
1110202100	Rathausinformation	2.791,02
1110210100	Personalmanagement	21.314,64
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	8.697,99
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	2.658,51
1110210400	Altersteilzeit	999,27
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	4.799,40
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	5.847,69
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	3.338,90
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	6.080,26
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	2.600,03
1110300200	Fuhrpark	376,20
1110300301	Inventarbeschaffungen	136,78
1110320101	Submission (3-20)	292,93
1110320102	Vergabewesen (2-60)	1.141,44
	GESAMT	128.334,79

Steuerungsleistungen für Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule
2180020
Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	10.867,61
1110001100	Bürgermeister	9.668,06
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	3.087,74
1110001300	Leitungsteam	21.374,19
1110002100	Stadtmarketing	3.248,08
1110100100	Personalvertretung	3.511,16
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	8.087,86
1110120100	Gleichstellungsarbeit	1.874,56
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	11.431,06
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	13.555,63
1110200200	Stadtarchiv	2.581,37
1110200300	Materialbewirtschaftung	814,24
1110200400	Interne Dienstleistungen	5.113,26
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	1.483,44
1110200600	Druckerei	1.334,07
1110201100	Betrieb IT-System	65.800,36
1110202100	Rathausinformation	6.798,42
1110210100	Personalmanagement	51.918,66
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	21.186,75
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	6.475,65
1110210400	Altersteilzeit	2.434,05
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	11.690,47
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	14.243,93
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	8.132,96
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	14.810,43
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	6.333,20
1110300200	Fuhrpark	916,35
1110300301	Inventarbeschaffungen	333,17
1110320101	Submission (3-20)	713,53
1110320102	Vergabewesen (2-60)	2.780,33

GESAMT 312.600,60

Steuerungsleistungen für Förderzentrum

2210010

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	924,24
1110001100	Bürgermeister	822,23
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	262,60
1110001300	Leitungsteam	1.817,79
1110002100	Stadtmarketing	276,24
1110100100	Personalvertretung	298,61
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	687,84
1110120100	Gleichstellungsarbeit	159,42
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	972,16
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	1.152,85
1110200200	Stadtarchiv	219,54
1110200300	Materialbewirtschaftung	69,25
1110200400	Interne Dienstleistungen	434,86
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	126,16
1110200600	Druckerei	113,46
1110201100	Betrieb IT-System	5.596,04
1110202100	Rathausinformation	578,18
1110210100	Personalmanagement	4.415,46
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	1.801,84
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	550,73
1110210400	Altersteilzeit	207,01
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	994,23
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	1.211,39
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	691,67
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	1.259,56
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	538,61
1110300200	Fuhrpark	77,93
1110300301	Inventarbeschaffungen	28,33
1110320101	Submission (3-20)	60,68
1110320102	Vergabewesen (2-60)	236,46
		GESAMT
		26.585,36

Heike Meyer
 Tel.: 04103/707281
 E-Mail: h.meyer@stadt.wedel.de

09.01.2026

Haushalt 2026/ 27**Fragen der WSI zum Investitionsplan 2026/ 27 - Zuständigkeit BKS****Schul-IT****Erweiterung/ Ersatz IT-Ausstattung der Wedeler Schulen**

Wofür werden die Mittel benötigt?

Haushaltsplanentwurf:

	2026	2027
ATS	156.8 T€	223.5 T€
ASS	113.9 T€	129 T€
MWS	203.9 T€	102.7 T€
JRG	110.9 T€	124 T€
GHS	94.9 T€	102.6 T€
EBS	91.7 T€	93.1T€
Förderzentrum	27. T€	21.9 T€

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung war nicht abzusehen, wann es im laufenden Jahr zur Haushaltssperre kommt und was daher von der Rahmenvertragsausschreibung umgesetzt werden kann. Daher wurden einige Maßnahmen auch im Entwurf 2026/27 berücksichtigt. Offenen Maßnahmen der Rahmenvertragsausschreibung (AIO-Rechner für das JRG, interaktive Displays für die Grundschulen, LAN-Komponenten für die weiterführenden Schulen) konnten in 2025 beauftragt, bzw. durch Übertragung der Mittel gesichert werden. Zusätzlich haben die guten Konditionen aus dem Rahmenvertrag, der 2 Jahre läuft, Auswirkungen auf die Kostenschätzungen.

Die investiven Ansätze der Schul-IT können wie folgt angepasst werden:

	Neue Ansätze nach Umsetzung HH 2025		
	Ansatz 2025	Plan 2026	Plan 2027
	Auszahlungen > 1000 €	Auszahlungen > 1000 €	Auszahlungen > 1000 €
	783100	783100	783100
Altstadtschule	68.800,00	161.592,00	99.432,00
Albert-Schweitzer-Schule	109.060,00	74.802,00	125.942,00
Moorwegschule	180.300,00	100.892,00	99.632,00
Johann-Rist-Gymnasium	169.000,00	81.600,00	88.100,00
Gebrüder-Humboldt-Schule	114.580,00	68.800,00	73.000,00
Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule	112.600,00	65.600,00	66.500,00
Förderzentrum	23.070,00	16.980,00	15.836,00
	777.410,00	570.266,00	568.442,00

Heike Meyer
Tel.: 04103/707281
E-Mail: h.meyer@stadt.wedel.de

**Es ist beabsichtigt, möglichst viele Maßnahmen über den Digitalpakt 2 abzurechnen.
Aktuell sind die Förderrichtlinien und Schwerpunkte noch nicht bekannt.**

ATS 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte - Surface Tablets
- Schülerendgeräte iPads 2 Klassensätze- Digitalpakt 2
- Ersatzbeschaffung von interaktiven Displays
- Erneuerung PC-Raum (Rechner aus dem Jahr 2019)
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

ATS 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte - Surface Tablets
- Schülerendgeräte iPads 3 Klassensätze- Digitalpakt 2
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

ASS 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte iPads 2 Klassensätze- Digitalpakt 2
- ~~Ersatzbeschaffung von interaktiven Displays erledigt in 2025~~ – 8 weitere kommen über den Neubau.
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert erledigt in 2025~~

Heike Meyer
Tel.: 04103/707281
E-Mail: h.meyer@stadt.wedel.de

- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

ASS 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte iPads 3 Klassensätze- Digitalpakt 2
- ~~Ersatzbeschaffung von 4 interaktive Displays erledigt in 2025~~
- Erneuerung PC-Raum (Rechner aus dem Jahr 2019)
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

MWS 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte iPads 2 Klassensätze- Schwerpunkt Digitalpakt 2
- ~~Ersatzbeschaffung von 12 interaktive Displays erledigt in 2025~~
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung PC-Raum (Rechner aus dem Jahr 2019)
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

MWS 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -10 Surface Tablets
- Schülerendgeräte iPads 3 Klassensätze- Schwerpunkt Digitalpakt 2
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

Heike Meyer
Tel.: 04103/707281
E-Mail: h.meyer@stadt.wedel.de

JRG 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte Notebooks 1 Klassensatz- Digitalpakt 2
- ~~Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Erneuerung Accesspoints – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

JRG 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte Notebooks 1 Klassensatz- Digitalpakt 2
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- ~~Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Erneuerung Accesspoints – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

GHS 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte Notebooks 1 Klassensatz- Digitalpakt 2
- ~~Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Erneuerung Accesspoints – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert. erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

GHS 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte Notebooks 1 Klassensatz- Schwerpunkt Digitalpakt 2
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- ~~Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Erneuerung Accesspoints – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

Heike Meyer
Tel.: 04103/707281
E-Mail: h.meyer@stadt.wedel.de

EBG 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte Notebooks 1 Klassensatz- Digitalpakt 2
- ~~Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Erneuerung Accesspoints – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert. erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

EBG 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Schülerendgeräte Notebooks 1 Klassensatz- Digitalpakt 2
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- ~~Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- ~~Erneuerung Accesspoints – Umstellung auf WIFI 7 – erledigt in 2025~~
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit (
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

FoeZ 2026

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- ~~Anteil Firewall – Die dezentralen Firewalls werden zentralisiert. erledigt in 2025~~
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

FoeZ 2027

- Ersatzbeschaffung Steuerungsgeräte -Surface Tablets
- Anteil Datenserver – Die dezentralen Datenserver werden auf einem neuen Server im RZ virtualisiert abgebildet.
- Erneuerung aktive Vernetzung – Switche – Umstellung auf WIFI 7
- Erneuerung Accesspoints - Umstellung auf WIFI 7
- Anteil am zentralen VMware-Host (AD, Exchange, Druckserver) und Backup-Unit
- Anteil an der Ersatzbeschaffung Leihrechner – Während der Corona Pandemie wurden aus Bundes- und Landesmitteln 600 Leihrechner beschafft. Laut der Schulleitungen besteht der Bedarf unverändert. Insgesamt sollen jährlich 10 % der Rechner ersetzt werden.

Der Anteil an den zentralen Komponenten (Server, Firewall, Leihrechner) wurde jeweils nach Schülerzahlen verteilt.

Steuerungsleistung für Schulsozialarbeit		2430010
Haushaltsjahr 2026		
P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	18.458,54
1110001100	Bürgermeister	16.421,12
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	5.244,50
1110001300	Leitungsteam	36.303,88
1110002100	Stadtmarketing	5.516,84
1110100100	Personalvertretung	5.963,68
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	13.737,16
1110120100	Gleichstellungsarbeit	3.183,92
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	19.415,55
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	23.024,12
1110200200	Stadtarchiv	4.384,44
1110200300	Materialbewirtschaftung	1.382,97
1110200400	Interne Dienstleistungen	8.684,82
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	2.519,60
1110200600	Druckerei	2.265,90
1110201100	Betrieb IT-System	111.761,34
1110202100	Rathausinformation	11.547,06
1110210100	Personalmanagement	88.183,38
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	35.985,51
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	10.998,83
1110210400	Altersteilzeit	4.134,21
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	19.856,16
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	24.193,19
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	13.813,76
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	25.155,38
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	10.756,88
1110300200	Fuhrpark	1.556,42
1110300301	Inventarbeschaffungen	565,88
1110320101	Submission (3-20)	1.211,92
1110320102	Vergabewesen (2-60)	4.722,37
GESAMT		530.949,35

Steuerungsleistungen für Musikschule**2630010****Haushaltsjahr 2026**

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	10.636,37
1110001100	Bürgermeister	9.462,34
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	3.022,04
1110001300	Leitungsteam	20.919,39
1110002100	Stadtmarketing	3.178,97
1110100100	Personalvertretung	3.436,45
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	7.915,76
1110120100	Gleichstellungsarbeit	1.834,67
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	11.187,83
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	13.267,19
1110200200	Stadtarchiv	2.526,45
1110200300	Materialbewirtschaftung	796,91
1110200400	Interne Dienstleistungen	5.004,46
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	1.451,87
1110200600	Druckerei	1.305,68
1110201100	Betrieb IT-System	64.400,26
1110202100	Rathausinformation	6.653,77
1110210100	Personalmanagement	50.813,93
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	20.735,94
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	6.337,86
1110210400	Altersteilzeit	2.382,26
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	11.441,72
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	13.940,85
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	7.959,91
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	14.495,29
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	6.198,44
1110300200	Fuhrpark	896,86
1110300301	Inventarbeschaffungen	326,08
1110320101	Submission (3-20)	698,35
1110320102	Vergabewesen (2-60)	2.721,17
		GESAMT
		305.949,06

Steuerungsleistungen für Volkshochschule

2710010

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	17.853,39
1110001100	Bürgermeister	15.882,76
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	5.072,57
1110001300	Leitungsteam	35.113,69
1110002100	Stadtmarketing	5.335,98
1110100100	Personalvertretung	5.768,16
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	13.286,79
1110120100	Gleichstellungsarbeit	3.079,54
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	18.779,03
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	22.269,29
1110200200	Stadtarchiv	4.240,70
1110200300	Materialbewirtschaftung	1.337,63
1110200400	Interne Dienstleistungen	8.400,10
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	2.437,00
1110200600	Druckerei	2.191,62
1110201100	Betrieb IT-System	108.097,33
1110202100	Rathausinformation	11.168,50
1110210100	Personalmanagement	85.292,35
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	34.805,75
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	10.638,25
1110210400	Altersteilzeit	3.998,67
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	19.205,19
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	23.400,04
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	13.360,89
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	24.330,68
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	10.404,23
1110300200	Fuhrpark	1.505,39
1110300301	Inventarbeschaffungen	547,33
1110320101	Submission (3-20)	1.172,19
1110320102	Vergabewesen (2-60)	4.567,55
		GESAMT
		513.542,59

Steuerungsleistungen für Stadtbücherei

2720010

Haushaltsjahr 2026

P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	Betrag
1110000100	Betreuung politischer Gremien	14.715,03
1110001100	Bürgermeister	13.090,80
1110001200	Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters	4.180,88
1110001300	Leitungsteam	28.941,21
1110002100	Stadtmarketing	4.397,99
1110100100	Personalvertretung	4.754,20
1110110100	Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung	10.951,17
1110120100	Gleichstellungsarbeit	2.538,20
1110130100	gesetzliche und freiwillige Prüfungen	15.477,95
1110140100	Datenschutz	-
1110200100	Organisation	18.354,67
1110200200	Stadtarchiv	3.495,25
1110200300	Materialbewirtschaftung	1.102,50
1110200400	Interne Dienstleistungen	6.923,48
1110200500	Regulierung von Schadensfällen	2.008,61
1110200600	Druckerei	1.806,36
1110201100	Betrieb IT-System	89.095,38
1110202100	Rathausinformation	9.205,24
1110210100	Personalmanagement	70.299,19
1110210200	Azubis / Anwärter / Praktikanten	28.687,40
1110210300	Beurlaubte / Rückkehrer	8.768,20
1110210400	Altersteilzeit	3.295,76
1110210500	Abgeordnete MitarbeiterInnen	-
1110210600	Nachwuchskräfte	-
1110220100	Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz	15.829,19
1110220200	Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung	19.286,65
1110220300	Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung	11.012,24
1110220500	Zahlungsverkehr und Buchführung	20.053,70
1110220600	Vollstreckung	-
1110222100	Steuern und kommunale Gebühren	8.575,32
1110300200	Fuhrpark	1.240,77
1110300301	Inventarbeschaffungen	451,12
1110320101	Submission (3-20)	966,14
1110320102	Vergabewesen (2-60)	3.764,64
		GESAMT
		423.269,22

Steuerungsleistungen für Schulkinderbetreuung		3650020		
Haushaltsjahr 2026				
P/L Nr.	Produkt-/Leistungsbezeichnung	ASS	ATS	MWS
		3650020101	3650020102	3650020103
Leistungsstunden		284,26	772,77	790,45
Vollzeitäquivalente		6,85	18,62	19,04
P/L Nr. Produkt-/Leistungsbezeichnung		Betrag		
1110000100 Betreuung politischer Gremien		11.392,91	30.972,41	31.681,25
1110001100 Bürgermeister		10.135,38	27.553,72	28.184,32
1110001200 Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters		3.236,99	8.799,99	9.001,38
1110001300 Leitungsteam		22.407,34	60.915,89	62.310,02
1110002100 Stadtmarketing		3.405,08	9.256,95	9.468,81
1110100100 Personalvertretung		3.680,88	10.006,72	10.235,74
1110110100 Rechtsberatung / gerichtliche Vertretung		8.478,80	23.050,18	23.577,71
1110120100 Gleichstellungsarbeit		1.965,17	5.342,45	5.464,71
1110130100 gesetzliche und freiwillige Prüfungen		11.983,59	32.578,21	33.323,81
1110140100 Datenschutz		-	-	-
1110200100 Organisation		14.210,86	38.633,19	39.517,36
1110200200 Stadtarchiv		2.706,15	7.356,85	7.525,22
1110200300 Materialbewirtschaftung		853,59	2.320,55	2.373,66
1110200400 Interne Dienstleistungen		5.360,41	14.572,65	14.906,16
1110200500 Regulierung von Schadensfällen		1.555,14	4.227,75	4.324,51
1110200600 Druckerei		1.398,55	3.802,06	3.889,07
1110201100 Betrieb IT-System		68.980,91	187.529,31	191.821,14
1110202100 Rathausinformation		7.127,04	19.375,33	19.818,76
1110210100 Personalmanagement		54.428,21	147.966,81	151.353,20
1110210200 Azubis / Anwärter / Praktikanten		22.210,84	60.381,68	61.763,59
1110210300 Beurlaubte / Rückkehrer		6.788,66	18.455,43	18.877,81
1110210400 Altersteilzeit		2.551,70	6.936,97	7.095,73
1110210500 Abgeordnete MitarbeiterInnen		-	-	-
1110210600 Nachwuchskräfte		-	-	-
1110220100 Allgemeine Finanzverwaltung/ Bilanz		12.255,54	33.317,53	34.080,04
1110220200 Geschäfts- und Anlagenbuch-haltung		14.932,43	40.594,83	41.523,89
1110220300 Controlling /Kosten- und Leistungsrechnung		8.526,08	23.178,73	23.709,20
1110220500 Zahlungsverkehr und Buchführung		15.526,31	42.209,32	43.175,33
1110220600 Vollstreckung		-	-	-
1110222100 Steuern und kommunale Gebühren		6.639,32	18.049,46	18.462,54
1110300200 Fuhrpark		960,65	2.611,59	2.671,36
1110300301 Inventarbeschaffungen		349,27	949,52	971,25
1110320101 Submission (3-20)		748,02	2.033,54	2.080,08
1110320102 Vergabewesen (2-60)		2.914,72	7.923,88	8.105,22
GESAMT		327.710,54	890.903,52	911.292,88

Aufnahme	Tilgung	Tilgung	Aufnahme	Saldo	Bestand
					-24.000.000,00 * 1
18.12.2024	18.02.2025	3.000.000,00	0,00	3.000.000,00	-21.000.000,00
25.02.2025	15.05.2025	0,00	7.000.000,00	-7.000.000,00	-28.000.000,00
25.02.2025	15.05.2025	7.000.000,00	0,00	7.000.000,00	-21.000.000,00
28.03.2025	15.05.2025	0,00	8.000.000,00	-8.000.000,00	-29.000.000,00
28.03.2025	15.05.2025	8.000.000,00	0,00	8.000.000,00	-21.000.000,00
08.11.2024	15.05.2025	16.000.000,00	0,00	16.000.000,00	-5.000.000,00
15.05.2025	15.08.2025	0,00	23.000.000,00	-23.000.000,00	-28.000.000,00
15.05.2025	15.08.2025	0,00	8.000.000,00	-8.000.000,00	-36.000.000,00
02.07.2025	31.07.2025	0,00	3.000.000,00	-3.000.000,00	-39.000.000,00
02.07.2025	31.07.2025	3.000.000,00	0,00	3.000.000,00	-36.000.000,00
15.08.2025	16.08.2028	0,00	20.000.000,00	-20.000.000,00	-56.000.000,00 * 3
15.05.2025	15.08.2025	23.000.000,00	0,00	23.000.000,00	-33.000.000,00
15.05.2025	15.08.2025	8.000.000,00	0,00	8.000.000,00	-25.000.000,00
15.08.2025	18.11.2025	0,00	11.000.000,00	-11.000.000,00	-36.000.000,00
19.08.2024	15.08.2025	5.000.000,00	0,00	5.000.000,00	-31.000.000,00
30.10.2025	28.11.2025	0,00	5.000.000,00	-5.000.000,00	-36.000.000,00
15.08.2025	18.11.2025	11.000.000,00	0,00	11.000.000,00	-25.000.000,00
18.11.2025	20.05.2026	0,00	6.000.000,00	-6.000.000,00	-31.000.000,00
30.10.2025	28.11.2025	5.000.000,00	0,00	5.000.000,00	-26.000.000,00 * 2

*1) Der Anfangsbestand an Kassenkrediten entspricht dem Schlussbestand, der in der Bilanz 2024 ausgewiesen wurde.

*2) Das Jahr 2025 wird mit einem Kassenkreditbestand von 26.000.000 € abschließen, dieser Betrag wird auch in der Bilanz 2025 ausgewiesen werden.

*3) Der Höchstbetrag der in Anspruchgenommen Kassenkredite hat 56.000.000 € betragen. Um die Tilgung in Höhe von 23.000.000 am 15.08. Nachmittags leisten zu können, wurden Vormittags 20.000.000 € neu aufgenommen.